Beilage

Best. An der Dreikönigskirche 2
FRAUENVERSAMMLUNG
statt Ref

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zustellungsämtern und in allen Kiosken erhältlich

Arbeiter-Stimme

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Sachsen

Verbreitungsgebiet Ostsachsen / Beilagen: Der rote Stern / Rund um den Erdball / Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter

Anzeigenpreis: die neunmal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 35 Pf., für Familienanzeigen 20 Pf., für die Reklamezeile (anschließend an den dreispaltigen Teil einer Textseite) 1,50 RM. Anzeigen-Annahme nur wochentags von 9 Uhr an in der Expedition Dresden-A. 1, Güterbahnhofstraße 2

Bezugspreis: frei Haus monatlich 2,50 RM (zahlbar im voraus), durch die Post 2,20 RM (ohne Zustellgebühr). Die „Arbeiterstimme" erscheint täglich, außer an Sonn- und Feiertagen. In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises.

Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft mbH, Dresden-A. Geschäftsstelle und Redaktion: Güterbahnhofstr. 2, Fernruf 17 250. Postscheckkonto: Dresden 18 600. Sprechstunden: Montags 16—18 Uhr allg. Sprechstunde, Mittwochs 17—18 Uhr betriebs- und arbeitsrechtl. Fragen, Freitags 18—19 Uhr juristische Sprechstunde.

6. Jahrgang | Dresden, Montag den 6. Oktober 1930 | Nummer 233

Sozialdemokratie als „Deich zwischen dem Bürgertum und dem Kommunismus"

Das Echo auf den Beschluß der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion

Dresden, den 6. Oktober.

Wenn die SPD-Führer ihr offenes Einschwenken in die Brüning-Front hinter der Phrase verkleiden, damit eine „Stärkung der Faschisten zu verhindern", so ist das ein frecher Schwindel. Das Berliner Tageblatt, die Zeitung der Börse und der Bankiers, schreibt dazu:

„Sie (gemeint sind jene bürgerlichen Parteien, die gegen ein Zusammenarbeiten mit der SPD sind) sind auch sonst in einer fürchterlichen Selbsttäuschung, in einer erschreckenden Kurzsichtigkeit. Trotz Offiziersgarden und Sturmtrupps würde nicht der Nationalsozialismus der Gewinner der neuen Revolution sein, ihn wie alles übrige würde sehr schnell die kommunistische Flut verschlingen. Die Sozialdemokratie ist, gemeinsam mit dem Zentrum, der stärkste Wall des Staates gegenüber den Staatsfeinden, aber auch der Deich zwischen dem Bürgertum und dem Kommunismus — nur die Narren möchten den Deich abtragen, der sie schützt."

Schutzwall gegen das Proletariat, gegen den neuen Aufschwung der revolutionären Bewegung. Schutzwall für die Geldsäcke und Younganshenter, das ist die Sozialdemokratie! Dafür wird sie Brüning das Vertrauensvotum aussprechen, dafür seine Diktaturverordnungen schlucken, dafür das unerhörte Raubprogramm der Diktaturregierung akzeptieren.

Empörung geht durch die Reihen der SPD-Arbeiter. Wie ein Schleier fällt es von ihren Augen, daß der wochenlange „Kampf der SPD gegen Brüning" nur ein infames Wahlmanöver war.

Und was machen die sächsischen „Linken", die noch vor wenigen Tagen schrieben, daß sie „solche gefährliche Katastrophenpolitik nicht mitmachen" können, die in ihrer sächsischen Presse den Parteivorstand warnten, daß die Unterstützung Brünings „Sprengpulver und Selbstmord für die SPD" sei? Das Blatt, das am lautesten geschrien hat, das Blatt des Herrn Seydewitz, dem „Linkesten" der „Linken", schreibt zum Beschluß der Reichstagsfraktion:

„Die gute und ernste Absicht der Mehrheit der Reichstagsfraktion in allen Ehren."

Und dann, fortfahrend, wie ein altes Weib zu keifen:

„Wieviel Prügel müssen wir denn überhaupt erst in einem Wahlkampf beziehen, ehe man in Berlin an eine Umkehr denkt?"

Nun, nicht nur Berlin, sondern auch die „Linken" selbst denken an keine Umkehr. Denn Seydewitz schreibt weiter:

„Die Koalitionsfrage ist keine grundsätzliche, sondern eine taktische Frage. Auch die sächsischen Parteibezirke haben sich nicht grundsätzlich gegen eine Koalition ausgesprochen."

Womit Herr Seydewitz nur verrät, daß die „Linken" nur gegenwärtig in Rücksicht auf die Stimmung der SPD-Arbeiter die offene Unterstützung Brünings für unklug halten, prinzipiell aber zu jeder Koalition bereit sind. Praktisch haben sie es erst jüngst bewiesen durch ihre Bereitschaft, sogar mit der Wirtschaftspartei in Sachsen eine Koalitionsehe zu schließen. Das Dresdner Blättchen des Herrn Edel bringt es aber nicht einmal zu einem Protest. Es fälscht den Beschluß der Reichstagsfraktion folgendermaßen um:

„Selbstverständlich darf es nicht bei der Entschließung bleiben, sondern unsere Fraktion wird im Reichstag Anträge stellen ... Insbesondere wird der Kanzler nicht glauben dürfen, daß seine Notverordnungen von der Sozialdemokratie einfach hingenommen werden."

Mit dieser lächerlichen Kraftmeierei sollen die Leser der Volkszeitung im Unklaren gelassen werden. Aber die Tatsachen selbst werden diese Phrasen zerreißen. Die SPD wird für Brüning stimmen, wird die Notverordnung schlucken, wird das Programm schlucken, wird die Lohnkämpfe der Metallarbeiter abwürgen, wird zu jeder Schandtat, zur Aufrechterhaltung der Brüning-Diktatur, zur Stärkung des Faschismus bereit sein.

Die SPD-Arbeiter werden zu einer schamlosen Handlung mißbraucht. Sie sollen, wie das Berliner Tageblatt schreibt, den Schutzwall gegen die revolutionären Arbeiter abgeben. Sie sollen dieselbe Funktion übernehmen, mit der die Bourgeoisie Hitler beauftragt hat, einen Damm aufzurichten gegen den Bolschewismus.

SPD-Arbeiter, macht Schluß mit eurer Brüning-Partei! Zerreißt das Band, das euch an diese Partei des grenzenlosen Arbeiterverrats noch knüpfte! Wenn ihr nicht wollt, daß der Faschismus seine blutigen Fahnen auf den Trümmern der deutschen Arbeiterbewegung aufrichtet, dann werdet Kämpfer der kommunistischen Klassenfront!

Brünings SPD-Stützen

„Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wird für die Sicherung der parlamentarischen Grundlage und für die Lösung der dringendsten finanzpolitischen Aufgaben eintreten — — — —"
(Aus der Resolution der SPD-Reichstagsfraktion)

RGO rüstet zum Kampf

Berlin, 6. Okt. (Eig. Drahtbericht.)

Die von der RGO einberufene Delegiertenkonferenz im Lichtbau in Gesundbrunnen war vom Kampfgeist der Berliner Metallarbeiter getragen. Ueber 400 Delegierte aus 104 der wichtigsten Betriebe waren anwesend. Die Delegierten beschlossen, einen Appell an die Metallarbeiter zu richten, der zum Streik auffordert als Antwort auf den Lohnraub, der in dem zu erwartenden Schiedsspruch festgelegt wird. Aus den wichtigsten Berliner Metallbetrieben wurde eine Kampfleitung von 80 Mann gewählt.

... und die Bürokratie zum Verrat

Berlin, 6. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.)

Entsprechend den Vereinbarungen zwischen Brüning, Hermann Müller und Wels, in der Berliner Metallindustrie den Lohnraub durchzuführen und den Streik dagegen zu verhindern, bereitet der „Vorwärts" vom Sonntag die zu erwartenden Abwürgungsversuche der DMV-Bürokratie und deren streikbrecherische Rolle vor. Er schreibt:

„Auf dem Sonderschlichter im Berliner Metallkonflikt lastet eine große Verantwortung, lastet überhaupt die gesamte Verantwortung für die gesamte deutsche Arbeiterschaft. Die Entscheidung, die er in dieser Woche zu treffen hat, ist die Entscheidung über das Schicksal von 100 000 deutschen Arbeitern."

Also nicht die Arbeiter, nicht ihr Kampf, sondern der Schlichter entscheidet. Das ist die eindeutige Erklärung, daß die Bürokratie des DMV den Schiedsspruch, der den Lohnraub festlegt, nicht nur kampflos hinnehmen, sondern auch den Streik der Metallarbeiter gegen diesen Lohnraub abzuwürgen versuchen wird.

Oeffentliche Diskussion über die Frage der proletarischen Einheit

Es schreiben heute dazu Max Winkler, Reichstagskandidat der SPD, Zwickau, und Genosse Rudolf Renner (siehe im Blatt).

Englisches Luftschiff R 101 abgestürzt

Eine gescheiterte Luftflottendemonstration des englischen Imperialismus

Das englische Luftschiff R 101, das größte Luftschiff der Welt, stieg am Sonnabend in Cardington zur Fahrt nach Indien auf. Macdonald wollte mit diesem Flug die Macht der englischen Luftflotte demonstrieren. Es nahmen deshalb an der Fahrt neben dem englischen Luftfahrtminister, der der Arbeiterpartei angehört, mehrere prominente Vertreter des englischen Imperialismus teil. Während seiner ganzen Fahrt hatte das Luftschiff gegen heftigen Wind zu kämpfen. 150 Kilometer von Paris entfernt, in der Nähe von Beauvais, kam das Schiff in einen heftigen Sturm und wurde immer mehr herabgedrückt. Alle Versuche, das Schiff wieder in die Höhe zu bringen, scheiterten an dem starken Rückenwind, den es erhielt. Durch einen neuen Windstoß wurde die Spitze des Schiffes immer mehr auf den Erdboden gedrückt, und in der Dunkelheit stieß das Schiff mit der Spitze gegen den Erdboden, was die unmittelbare Folge der Explosion der Brennstofftanks hervorrief. Im Nu schlugen mächtige Flammen empor, die in wenigen Sekunden das ganze Luftschiff einhüllten und es zum Opfer der Flammen machten. Von der 66 Mann starken Besatzung des Schiffes kamen 56 in den Flammen um, unter ihnen auch der englische Luftfahrtminister Thomson und der Leiter des englischen Flugwesens, sowie die Kommandanten des Schiffes.

Die Bergungsarbeiten wurden dadurch erschwert, daß die glühenden Eisenmassen jede Annäherung verhinderten. Diese Katastrophe hat das Prestige der englischen Luftmacht schwer erschüttert. Man war sich in den Kreisen der Fachleute längst klar, daß das englische Luftschiff einer derartigen Fahrt nicht gewachsen war, doch wollten Macdonald und sein Luftfahrtminister unter allen Umständen ihre Luftflottendemonstration durchführen.

Die Unglücksstelle bietet ein Bild grauenhafter Verwüstung. Das Gerippe des Riesenschiffes liegt mit dem Bug auf der Böschung, während das Heck noch in der Luft ragt. Hier und da sieht man einige Fetzen der Hülle, sonst nichts als verbogene Aluminiumträger, Drahtverspannungen, zersplitterte Fensterscheiben und eingedrückte Motorgondeln. Die Passagiergondel liegt völlig eingedrückt unter den Trümmern. Nur Glassplitter und Meßapparate, die ringsherum liegen, deuten darauf hin, daß hier einst das Herz des Schiffes gewesen ist.

8 Tote in Dresden

Verkehrsflugzeug abgestürzt

Dresden, den 6. Oktober.

Ein Verkehrsflugzeug der Lufthansa der Strecke Berlin—Dresden—Prag—Wien verunglückte heute vormittags über Dresden. Bisher sind 8 Tote und 1 Verletzter zu beklagen. Das Flugzeug liegt am Schießstand in der Nähe des Kannenhenkelweges.

Stürmische Auseinandersetzungen in der SPD

Der Parteivorstand pfeift auf den Protest der SPD-Arbeiter / Die „Linken" als Bremser

Berlin, 6. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.)

Auf dem Berliner Bezirksparteitag der SPD kam es zu stürmischen Kundgebungen. Der „linke" Bezirksvorstand hatte Hilferding mit dem Referat beauftragt, der in geradezu frecher und provozierender Weise die Forderungen der sozialdemokratischen Arbeiter auf einen Kurswechsel der sozialdemokratischen Politik verhöhnte und die Unterstützung der Brüning-Regierung verteidigte. Er wurde dabei von den „Linken" Aushäuser und Crispien unterstützt.

Hilferding erklärte u. a., der Wahlausfall sei keine Niederlage der SPD. Einen starken Stoß habe der Parlamentarismus und die Demokratie erlitten, die beide jetzt in Gefahr seien und die die Sozialdemokratie retten müsse. Es drohe die Gefahr der Hereinnahme der Nazis in die Regierung.

Die zur Verfügung stehenden außerparlamentarischen Mittel für die Bekämpfung der Diktatur seien nicht anwendbar,

da kein Mensch wisse, ob sie nicht gegen die Arbeiterschaft selbst sich richten würden. Die Sozialdemokratie müsse eine sehr vorsichtige Politik treiben. Das Mißtrauensvotum gegen die Brüning-Regierung müsse sehr vorsichtig gehandhabt werden. Ebenso sprach sich Hilferding gegen die Ablehnung der Notverordnung aus. Wörtlich sagte er:

„Wir verlieren nichts, wenn wir im Parlament nicht alles durchsetzen können. Vielleicht hätten wir jetzt weniger zu tolerieren, wenn wir im alten Reichstag mehr toleriert hätten."

Hilferding wurde während seiner Ausführungen wiederholt durch stürmische Zurufe unterbrochen.

In der Diskussion sagte ein Delegierter: „Das faschistische Kabinett will uns in unserer faschistischen Angst an seiner Politik beteiligen. Die größte Stärke der Nationalsozialisten ist unsere Feigheit." Ein anderer Delegierter führte aus: „Der Grund der Niederlage der Partei ist die Politik des Parteivorstandes, die bei jeder Gelegenheit sich gegen die Interessen der Arbeiterschaft richtet. Wenn der Parteiapparat jetzt noch funktioniert, so deshalb, weil ein gewisser Fatalismus die Mitglieder befallen hat, die sich sagen: „Wir können machen, was wir wollen, der Parteivorstand macht doch das Gegenteil."

Fast alle Diskussionsredner sprachen sich gegen die Unterstützung der Brüning-Regierung aus.

Im Schlußwort setzte Hilferding seine Provokationen gegen die sozialdemokratischen Arbeiter fort. Er erklärte, daß er keine Veranlassung habe, sich mit dem Ergebnis der Debatte zu beschäftigen, niemand habe andere Vorschläge gemacht. Es sei durchaus möglich, daß der Parteivorstand seine Politik gegen den Willen der Berliner Parteimitgliedschaft mache. Nach Berlin allein ginge es aber nicht, es entscheide die Gesamtpartei. In Oesterreich habe die Partei sogar einer Verfassungsänderung zugestimmt, um die Demokratie zu retten. Niemand in der österreichischen Partei habe deshalb die Partei verlassen und führe Lärmszenen in den Parteiversammlungen auf.

Angenommen wurde eine verwaschene Entschließung, die fordert, daß die SPD eine Politik treibe, die ihre Haltung während des Wahlkampfes rechtfertige. Außerdem wurde die Einberufung eines außerordentlichen Parteitages gefordert.

Reichsbannerleitung hetzt zum Kampf gegen Kommunisten

Berlin, 6. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.)

Der Aufmarsch des Reichsbanners gegen den Faschismus am gestrigen Sonntag im Lustgarten war eine große politische Pleite. An dem Aufmarsch nahmen etwa 3000 Reichsbannerleute teil, an der Kundgebung im Lustgarten etwa 10 000, eine Veranstaltung der sozialdemokratischen Partei-, Gewerkschafts-, Konsum- und Krankenkassenangestellten mit Frauen und Kindern. Aufmarsch und Kundgebung sollten durch radikale Gesten gegenüber der sozialdemokratischen Hilfsstellung, die der Parteivorstand und die Reichstagsfraktion der Brüning-Regierung leisten, hinwegtäuschen.

Der Aufmarsch im Lustgarten stand im Zeichen der Vereinbarungen zwischen SPD-Vorstand und Brüning-Regierung. Der ehemalige mecklenburgische Ministerpräsident Stelling stellte seine Rede im wesentlichen auf eine wüste Kommunistenhetze ab. Kein Wort fiel gegen die Brüning-Regierung. Der technische Führer des Reichsbanners Berlin-Brandenburg sagte u. a.: „Wir sind entschlossen, unseren bisherigen Kampf, den wir mit geistigen Mitteln geführt haben, auch auf physische Mittel auszudehnen."

Das ist eine Kampfansage an die revolutionäre Arbeiterschaft. Das deutet darauf hin, daß bei kommenden Wirtschaftskämpfen, insbesondere beim Metallarbeiterstreik, das Reichsbanner gegen die Streikenden eingesetzt werden soll. Werden sich die Reichsbannerarbeiter von den Hörsing und Mahraun dazu mißbrauchen lassen?

Im Zeichen der antifaschistischen Einheitsfront

Der erste Aufmarsch des Kampfbundes gegen Faschismus in Dresden

Dresden, den 6. Oktober.

Trotz strömendem Regen waren die Dresdner Arbeiter dem Ruf des vorbereitenden Komitees des Kampfbundes gegen den Faschismus am gestrigen Sonntag in großer Zahl gefolgt. Aus den einzelnen Stadtteilen rückten die Antifaschistischen Arbeiter- und Jungarbeiterwehren, unterstützt von den revolutionären Arbeitern, in geschlossenen Zügen am Hauptstellplatz an der Weißeritzstraße an. Weithin leuchteten die roten Fahnen und die Transparente mit den Losungen: „Der Faschismus ist der Todfeind der Arbeiterklasse" — „Tretet ein in die antifaschistische Front".

Der Demonstrationszug, der sich nach dem Westen Dresdens bewegte, wurde überall von der Arbeiterschaft begeistert begrüßt, und eine große Zahl Arbeiter bildete in den Straßen, durch die der Demonstrationszug kam, Spalier. Die mustergültige Disziplin, die sich bei den Demonstranten zeigte, ist ein Beweis dafür, daß die antifaschistischen Wehrorganisationen die Kampftruppe der revolutionären Arbeiterschaft gegen Faschismus bilden.

Auf dem Hebbelplatz sprach im Auftrag der KPD und der revolutionären Arbeiterschaft der Genosse Bruno Siegel, der in seiner Rede besonders auf die Notwendigkeit der Schaffung der Einheitsfront aller Arbeiter zum Kampf gegen Faschismus hinwies. Genosse Arno Schönherr, der Leiter des Kampfbundes gegen den Faschismus, zeigte die große Gefahr des Faschismus für die Arbeiterschaft und die Notwendigkeit der Schaffung von starken antifaschistischen Wehrorganisationen in den Betrieben und den einzelnen Orten auf. Auch er betonte, daß es die Aufgabe sein muß, im Kampfbund gegen Faschismus die klassenbewußten Arbeiter, die noch der Sozialdemokratischen Partei und dem Reichsbanner angehören, sowie die Jungarbeiter der SAJ zu erfassen und sie in der revolutionären Front zu organisieren. Begeistert stimmten die Massen am Schluß der Ansprache in den Kampfruf der Antifaschisten, „Kampfbereit", ein.

Der erste Aufmarsch der Dresdner Arbeiter unter dem Banner des Kampfbundes gegen den Faschismus, der die große Sympathie der Dresdner Arbeiterschaft für die antifaschistischen Wehren zeigte, muß dazu führen, daß sofort in allen Betrieben die Antifaschistischen Betriebswehren gebildet und in den einzelnen Stadtteilen Werbelokale geschaffen werden. Im Zeichen der Einheitsfront mit den sozialdemokratischen und parteilosen Arbeitern wird der Kampfbund gegen den Faschismus seinen Vormarsch antreten und durch seine eiserne, geschlossene Disziplin, durch seinen mutigen Kampfeswillen gemeinsam mit der Kommunistischen Partei den Sieg über den Faschismus erringen.

Hitler wird Versailler Vertrag erfüllen

Neue Kapitulationserklärung vor dem Young-Diktat Englands

Die Times veröffentlichen eine Unterredung ihres Münchener Korrespondenten mit Adolf Hitler. Auf die Frage, ob ein nationalsozialistischer Außenminister den Versailler Vertrag völlig zurückweisen oder sich damit begnügen würde, eine Revision herbeizuführen, antwortete Hitler, man könne nicht einfach mit einem Ja oder nein darauf antworten. In der Haltung der NSDAP gegenüber den auswärtigen Verpflichtungen sei der entscheidende Faktor nicht, was sie tun wolle, sondern was sie tun könne. England könne überzeugt sein, daß die Nationalsozialisten nichts unternehmen würden, was sie nicht durchführen können.

Als die eigentliche politische Aufgabe der Nationalsozialisten bezeichnete er, der bolschewistischen Gefahr entgegenzutreten. **Wenn die rote Fahne von Wladiwostok bis an den englischen Kanal weht, dann ist es für England zu spät.** Die nationalsozialistische Bewegung sei deshalb eine Lebensnotwendigkeit **für Deutschland und für Europa.** Er könne nicht sehen, warum gegen die Ziele und Methoden der Nationalsozialisten von irgendwelchen guten Engländern Einspruch erhoben werden kann.

Adolf Hitler bestätigt also nochmals, daß die Nationalsozialisten gar nicht daran denken, den Youngplan und den Versailler Vertrag zu zerreißen, daß sie nichts anderes sind als die **Knüppelgarde der Ausbeuter der ganzen Welt** gegen die hungernden Massen.

Hitler bei Brüning

vertreten. Die Anwesenheit Hitlers ist der Beweis dafür, daß die Nazis mit der Brüning-Regierung, auch wenn sie noch nicht auf die Ministersessel rutschen, in Fühlung bleiben wollen.

SPD-Braun läßt Fememörder frei

Oberleutnant a. D. Fuhrmann aus der Haft entlassen

Der Fememörder Oberleutnant Fuhrmann ist jetzt in Berlin im Untersuchungsgefängnis Moabit wegen „Haftunfähigkeit" aus der Haft entlassen worden. Mehrere beamtete Aerzte und ein Professor der Berliner Universität haben sich zusammengetan, um dieses Haftunfähigkeitsattest für den vorletzten der bisher noch inhaftierten Fememörder fertigzustellen. Die Haftentlassung Fuhrmanns geschah in demselben Gefängnislazarett, in dem man den Genossen Kobitsch-Meyer todkrank zugrunde gehen ließ. Es ist nicht daran zu zweifeln, daß dieselbe preußische Regierung bald auch den allerletzten inhaftierten Fememörder, den Feldwebel Klapproth, in Freiheit setzt.

Die systematische Befreiung der Fememörder durch die Sozialdemokraten erinnert die deutsche Arbeiterklasse aber daran, daß **mehr als 1000 proletarische politische Gefangene** hinter den Zuchthaus- und Gefängnismauern sitzen, um jede Amnestie betrogen, darunter Genossen, die seit 1919 und seit dem **Kapp-Putsch** sitzen. Ihre Befreiung zu erkämpfen, mit der Roten Hilfe und mit der Kommunistischen Partei eine Vollamnestie für alle prole-

Die NSDAP als Schützer der kapitalistischen Ausbeuter erkannt

Der Wahlsieg der Kommunistischen Partei ist begleitet von einem gewaltigen Aufschwung der revolutionären Klassenkampforganisationen des Proletariats, der Kommunistischen Partei und der Revolutionären Gewerkschaftsopposition. Der Wahlsieg der Kommunistischen Partei ist ein Anfang zu unaufhaltsamem Aufstieg.

Der Wahlerfolg der NSDAP bringt Hitler und den Seinen keine reine Freude. In ihre Freudenfanfaren dringt immer lauter das Murren immer größerer Teile nationalistische Wähler, denen die Youngpolitik der nationalsozialistischen Führer die erste Enttäuschung bereitet, dringt das Krachen auseinanderfallender nationalsozialistischer Organisationen. Eine der ersten innerorganisatorischen Taten Hitlers nach der Wahl war die Auflösung des Gaues Danzig der NSDAP.

Die Zersetzung begann schon vor den Wahlen. Da versuchte Otto Straßer durch die Bildung der Gruppe der revolutionären Nationalsozialisten den ersten Abmarsch enttäuschter nationalsozialistischer Anhänger zur revolutionären Klassenfront aufzuhalten. Aber dieser Versuch ist mißglückt. Die Straßer-Gruppe ist in völliger Auflösung begriffen. Selbst einige ihrer Führer haben bereits erkannt, daß ihr Weg von Hitler zu Straßer ein Irrweg war.

In nachfolgenden Erklärungen rufen sie den nationalsozialistischen Wählern zu, diesen Irrweg nicht mitzumachen, sich loszulösen nicht nur von Hitler, sondern geraden Weges zum Heerlager der proletarischen Revolution zu stoßen.

Eine Erklärung des ehemaligen Gaupropagandaleiters der NSDAP

Am 4. Juli trennte sich Dr. Otto Straßer mit seinen Freunden und Anhängern von der Hitler-Partei. Unterzeichneter dieses und viele andere begrüßten diesen Schritt als eine notwendige Klärung zwischen Faschismus und Sozialismus. Die Trennung erfolgte in erster Linie aus folgenden Gründen:

1. Hitlers Kompromiß mit der Reaktion.
2. Aufgabe der sozialistischen Linie.
3. Vergewaltigung der freien Meinung.

Feierlich versprach Dr. Otto Straßer, daß der Kongreß ein sozialistisches Programm für die Kampfgemeinschaft „N. N." zu schaffen hätte, und daß jedem Kampfgenossen volle Meinungsfreiheit zugestanden würde.

Am 26. September verkündete dieser selbe Dr. Otto Straßer, daß seine, im Gespräch mit Hitler angeführte Prozentrechnung eine endgültige Lösung sei und der Kongreß keine weitere Aufgabe hätte als diese Straßersche Patentlösung in Bausch und Bogen anzunehmen. Zur Bestätigung dieser diktatorischen Auffassung wurden am folgenden Tage die Wortführer der sozialistischen Opposition ausgeschlossen.

Als einer dieser Ausgeschlossenen erkläre ich nunmehr:

Ich bin aus der Hitler-Partei ausgeschieden, weil ich Sozialist bin. Zu Straßer ging ich, weil mir dessen Persönlichkeit eine Gewähr für einen wirklichen Sozialismus zu sein schien. **Der Ausschluß aus dem Straßerkreis kommt meinem Wunsch zuvor. Ich denke gar nicht daran, eine utopische Schreibtischarbeit, die dem wirklichen Leben völlig fremd gegenübersteht und keine Rücksicht auf die historisch bedingten Notwendigkeiten nimmt, anzuerkennen. Ich denke nicht daran, den Ausbeutern der Nation auch nur ein Prozent ihres durch Blut und Tränen des Proletariats ergaunerten Vermögens zuzugestehen, geschweige denn 49 Prozent, wie Otto Straßer es fordert. Ich begreife nicht, wie es möglich sein kann, daß es sogenannte Sozialisten geben kann, die den Klassenkampf nicht nur ablehnen, sondern die angesichts der heutigen Klassenlage des Proletariats sogar ein Vorhandensein und die Notwendigkeit seiner Existenz einfach leugnen.**

Es ist schon so, wie Sie sagten, Herr Doktor Straßer, wir gehören nicht mehr zusammen. Gehen Sie weiter den Weg der einundfünfzigprozentigen Beschränkung des Kapitalismus.

Ich aber erkläre mich solidarisch mit dem kämpfenden Proletariat, das die Vernichtung des Kapitalismus mit Stumpf und Stiel proklamiert, solidarisch mit den proletarischen Klassengenossen jenseits der Grenzen, deren Elend unser Elend, deren Befreiung unsere Befreiung ist. Ich stelle mich auf den Boden der Programmerklärung des ZK der KPD und rufe meinen ehemaligen Genossen zu: Heraus aus der reformistischen Straßer-Gruppe! Hinein in die KPD!"

Kurt Lorf

Ehemaliger nationalsozialistischer Bezirksverordneter des 2. VB. — Ehemals Gaupropagandaleiter im Gau Brandenburg der NSDAP. — Ehemaliger Gaugeschäftsführer im Gau Danzig der NSDAP. — Zuletzt Kampfgruppenführer der Kampfgemeinschaft revolutionärer Nationalsozialisten „Nordwest".

Hohenzollern-Stahlhelm

Koblenz, 6. Okt. (Eig. Drahtbericht.)

In Koblenz fand ein Treffen des Stahlhelms statt, an dem der ehemalige deutsche Kronprinz als Ehrenmitglied des Stahlhelms teilnahm. Die Vertreter des faschistischen Italien grüßten beim Absingen des Deutschlandliedes dieses mit dem Faschistengruß. Aus Seldtes Rede ist bemerkenswert, daß ein Beschluß des Bundesvorstandes vorliegt, der eine Vereinigung aller „nationalsozialistischen" Organisationen vorsieht. Er kündigt ein Volksbegehren für die Auflösung des preußischen Landtages an.

Kapitulation statt Kampf

Wien, 6. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.)

Der Parteivorstand der SPOe richtet an seine Mitglieder einen Aufruf, in dem gesagt wird, daß der faschistische Minister Starenberg den sozialdemokratischen Schutzbund auflösen wolle. Werde der Schutzbund aufgelöst, so solle die Parteiorganisation Abteilungen bilden, mit deren oberster Leitung Julius Deutsch betraut wird. Die Arbeiter werden aufgefordert, sich nicht zu „Unbesonnenheiten provozieren zu lassen".

Nachdem der Faschismus mit Hilfe der Sozialdemokratie in Oesterreich auf legalem Wege über die Verfassung, deren Aenderung die Sozialdemokraten zugestimmt haben, sich gesichert hat, schreitet er zur Zertrümmerung der sozialdemokratischen Organisationen. Die „Linken" sozialdemokratischen Führer kapitulieren nicht nur vor dem Faschismus, dem sie ans Ruder verhalfen, sondern sie fordern auch gleichzeitig von den Arbeitern, dessen Willen zu tun. Das österreichische Beispiel ist in jeder Beziehung lehrreich für die Arbeiter.

Berlin, 6. Okt. (Eig. Drahtbericht.)

Die Berliner Montagpresse meldet aus Neuyork: „Die revolutionäre Bewegung in Brasilien hat am Sonnabend einen Erfolg zu verzeichnen. Den Revolutionären ist es gelungen, den Staat Rio Grande do Sul vollständig auf ihre Seite zu bringen. Die Bundestruppen wurden, soweit sie sich nicht unterwarfen, entwaffnet. Um einzelne Provinzen wird noch gekämpft. Die Be-

Alarm aus Oesterreich

Die österreichische Bourgeoisie hat mit der Einsetzung der Heimwehrregierung Vaugoin-Seipel-Starhemberg zum entscheidenden Schlag gegen die Arbeiterschaft ausgeholt. Getrieben von der sich katastrophal verschärfenden Wirtschaftskrise, von der Zuspitzung der imperialistischen Gegensätze, gestützt auf die faschistischen Rettungsversuche in allen kapitalistischen Ländern, geht die österreichische Bourgeoisie daran, die faschistische Diktatur von jedem hemmenden parlamentarischen und „demokratischen" Beiwerk zu befreien.

Die Rolle der nun schon überholten faschistischen Schober-Diktatur glich in vielen Punkten der Aufgabe der Regierung Brüning: Als Platzhalter und Wegbereiter der offenen, brutalen Faschistendiktatur dieser in die Hände zu arbeiten und dazu weitestgehend die Mitwirkung der Sozialfaschisten in Anspruch zu nehmen. Der österreichische Hitler aber heißt Starhemberg!

Was die Regierung Schober, die sich ebenfalls auf die Heimwehren stützte, im September des Vorjahres begonnen hatte, das erfüllt jetzt die offene Heimwehrregierung Starhembergs. Nicht umsonst hat dieser erste Bundesführer der Heimwehr, der jetzt Innenminister im Kabinett Vaugoin ist, sich gerühmt, daß die Machtergreifung durch die Heimwehr nicht auf parlamentarischem Boden erfolge; und derselbe oberste Faschistenführer Starhemberg hat bereits angekündigt, daß sich die Heimwehr die Macht auch selbst durch eine „rote Mehrheit" nach den kommenden Wahlen nicht aus der Hand nehmen lassen werde.

Vor dem österreichischen Proletariat steht die Gefahr der nackten und blutigen faschistischen Diktatur, wie sie in Italien existiert!

Vorläufig sitzen „erst" zwei Heimwehrmänner in der Regierung: der Bundesführer der Heimwehrfaschisten, der „Fürst" Starhemberg, und der Salzburger Landesführer der Heimwehr, Hueber. Aber diese beiden Faschistenführer haben die entscheidenden Regierungsämter in der Hand, die Ministerien für Inneres und Justiz.

Vom Innenministerium aus verfügt Starhemberg über Polizei und Gendarmerie, als Innenminister obliegt ihm die Durchführung der Wahlen. Starhemberg hat nach seinem Amtsantritt in einem Manifest an die Heimwehrbanden den Kurs seiner Amtsführung bereits mit den Worten vorgezeichnet: **„Jetzt werdet ihr sehen, was es heißt, wenn ein Heimwehrmann regiert!"**

Starhemberg, der vielfacher Großgrundbesitzer und Herr über 13 Schlösser ist, machte schon im November 1923 den Münchener Hitler-Putsch mit; und heute noch ist Starhemberg eingeschriebenes Mitglied der Hitler-Partei! Vor wenigen Wochen erst, knapp vor der Uebernahme der obersten Bundesführung der Heimwehren durch Starhemberg, war dieser in München bei Hitler und beriet mit ihm über die „neue Taktik" der österreichischen Heimwehren.

Der Wahlerfolg der Nazis im Reiche war dann der unmittelbare Anstoß zur Einbeziehung der österreichischen Hitlerianer in die Regierung, zur brüsken Entfaltung der faschistischen Diktatur. Der christlich-soziale Prälat Seipel, der der Drahtzieher des Regierungswechsels in Oesterreich war, hat ja auch seinem deutschen klerikalen Kollegen Brüning den eindringlichen Rat erteilt, die Nationalsozialisten in die Regierung aufzunehmen.

Doch die Sozialdemokratie, die jetzt einen Wahlkampf „gegen den Faschismus!" führt, hat sich den neuen Verhältnissen bereits angepaßt. Als erstes Zeichen ihrer Bereitwilligkeit, auch unter einem Regime Starhemberg nicht die Helferrolle für die faschistische Diktatur aufzugeben, hat sie den sozialdemokratischen Militärverband (die freie Soldatengewerkschaft) angewiesen, sich an den diesjährigen Vertrauensmännerwahlen im Bundesheer nicht zu beteiligen! Wie sich die österreichischen Sozialfaschisten überraschend schnell mit dem neunzigfachen Arbeitermörder Schober verbunden haben, so werden sie nun auch im Dienste Starhembergs zu jeder Schandtat, zu jedem Verrat an der Arbeiterschaft bereit sein.

Jetzt kleiden sie ihre Helferdienste für die verschärfte faschistische Diktatur in die Parole: **„Antwortet ihnen am 9. November mit dem Stimmzettel!"** und bereiten damit bewußt den Weg zu der von Starhemberg vorausgesagten „Korrektur der Wahlen" mit den Waffen des Bürgerkriegs. Wie immer aber die Wahlen auch ausfallen mögen — die österreichische Sozialdemokratie wird mit ihren hündischfeigen Knechtsdiensten im Lager Starhembergs zu finden sein.

Die faschistische Diktatur wird auch diese getreuen Helfer abstoßen und unverhüllt die Macht übernehmen, die blutigste Terrorherrschaft gegen das Proletariat aufrichten. Starhembergs faschistische Garden wissen genau, daß ihnen aus der Führung des Republikanischen Schutzbundes kein Gegner erwächst. Der Faschismus fürchtet weit eher die österreichische Kommunistische Partei. Er weiß, daß unsere österreichische Bruderpartei die einzige Kraft ist, die in schärfster Frontstellung gegen die sozialfaschistische Führung des Schutzbundes die heute noch sozialdemokratischen österreichischen Arbeiter in den Kampf führen wird.

In den nächsten Wochen stehen gigantische Aufgaben vor unserer österreichischen Bruderpartei. In diesen Kämpfen muß sie es verstehen, zur Massenpartei zu werden, die Mehrheit des österreichischen Proletariats aus dem Lager des Sozialfaschismus in ihre bolschewistischen Kampfreihen zu führen. Die Entscheidungskämpfe in Oesterreich werden zwischen Kommunismus und Faschismus ausgefochten.

Die deutschen Arbeiter stehen in dem jetzt einsetzenden gewaltigen Ringen Schulter an Schulter mit dem österreichischen Proletariat. Sie reihen sich ein in den Kampfbund gegen den Faschismus!

Nur unter Führung der Kommunistischen Partei, der einzigen antifaschistischen und antikapitalistischen Kraft, wird der Faschismus niedergerungen werden.

Massenstreik gegen Faschistenaufmarsch

Generalstreik im spanischen Industriezentrum unter Führung unserer Bruderpartei

Madrid, 4. Oktober. Heute wurde in Bilbao, der größten spanischen Industriestadt, der Generalstreik erklärt. Der politische Massenstreik, der in völliger Einmütigkeit durchgeführt wird, richtet sich gegen einen für Sonntag geplanten Aufmarsch der spanischen Monarchisten in Bilbao. Die Arbeiter sind entschlossen, diesen Aufmarsch zu verhindern.

In der ganzen baskischen Provinz herrscht größte Erregung.

Heute morgen kam es bereits zu heftigen Zusammenstößen mit der Polizei, die zu schweren Straßenkämpfen führten. Die Zahl der durch Polizeikugeln Verwundeten steht noch nicht fest.

Die Kellner von Bilbao, die bei einem Bankett der Monarchisten servieren sollten, weigerten sich, diese Arbeit auszuführen.

Auch in Barcelona steigt die Streikwelle immer höher. Für die ganze Provinz Katalonien ist der Belagerungszustand angekündigt.

Die Bewegung in Bilbao steht unter Führung unserer spanischen kommunistischen Bruderpartei, deren Aktionskraft gegen den spanischen Faschismus durch unseren Wahlsieg in Deutschland wesentlich gestärkt wurde.

Bravo, Peter Kociega!

Krakau, 4. Oktober. (Rote-Hilfe-Bericht.) Im April d. J. fand in Zawiercie eine Erwerbslosendemonstration statt, wobei die faschistischen Polizeibanden einen Arbeiter erschossen und sechs andere schwer verwundeten.

Zwei Verwundete erlagen ihren Verletzungen. Unter den Demonstranten wurde auch der Soldat Peter Kociega verhaftet und dem Militärgericht in Krakau ausgeliefert, unter Anklage, den Demonstrierenden zugerufen zu haben: „Nicht fliehen, Jungens! Vorwärts!" Das Militärtribunal in Krakau hat den revolutionären Soldaten für seine Solidarität mit arbeitslosen Brüdern zu 1½ Jahren Festung verurteilt.

Heimwehrdiktatur fordert:

Todesstrafe für Streikende!

Wien, 4. Oktober. In Krems fand eine Heimwehrversammlung statt, in der eine Resolution mit den Forderungen der Heimwehr, die sie durch die Vaugoin-Seipel-Starhemberg-Regierung durchführen will, angenommen wurde. Die Heimwehr verlangt die rascheste Wiedereinführung der gesetzlichen Todesstrafe und die Schaffung eines Gesetzes, das die Todesstrafe auch für wirtschaftliche Verbrechen vorsieht.

Der faschistische Justizminister soll die gesetzliche Todesstrafe vorbereiten und die Durchführung des Gesetzes soll unter persönlicher Leitung des Heimwehrfürsten Starhemberg erfolgen.

Todesstrafe für wirtschaftliche Verbrechen, das heißt Todesstrafe für diejenigen Arbeiter, die zur Verteidigung ihrer Interessen gegen den Unternehmer und zur Verbesserung ihres Hungerdaseins streiken.

Das ist das Gesicht des Faschismus! Mit allen Mitteln, mit dem blutigsten Terror wird die faschistische Diktatur jeden Widerstand der Arbeitermassen gegen die verschärfte Hungeroffensive zu unterdrücken versuchen.

Terrorgesetz gegen KP. Schweiz

Basel, 4. Oktober. In der Sitzung des Basler Großen Rates wurden Ergänzungsartikel zum Basler Polizeigesetz, die sich ausschließlich gegen die Kommunistische Partei und die kommunistische Presse richten, mit 60 gegen 53 Stimmen angenommen.

Diese Ergänzungsartikel stellen unter Strafe alle Teilnehmer an verbotenen Kundgebungen der Kommunistischen Partei. Sie geben die Möglichkeit zu wahllosen Massenverhaftungen und Verurteilungen. Diese Artikel sollen aber auch zur Knebelung der kommunistischen Presse dienen, da sie jegliche Aufforderung zur Teilnahme an verbotenen Demonstrationen mit Buße und Haft bedrohen und das sogar für den Fall, daß „die Aufforderung und die Ankündigung hierzu keine Folgen hatten". Drucksachen, wie alles übrige Propagandamaterial, in dem solche Aufforderungen enthalten sind, sollen nach dem Inhalt dieser Artikel konfisziert werden können.

Wahlterror in Kuba

Neuyork, 4. Oktober. Wie aus Havana gemeldet wird, fordert Präsident Machado in einer Kongreßbotschaft, zur Vermeidung von Unruhen alle verfassungsmäßigen Rechte bis nach den Novemberwahlen außer Kraft zu setzen. Die Presse-, Rede- und Versammlungsfreiheit sollen zunächst abgeschafft werden.

In **Athen-Piräus** fand die Wahl der Delegierten der Straßenbahner und Omnibusschaffner für den 9. Kongreß des Eisenbahnarbeiterverbandes statt. An der Wahl beteiligten sich 947 Arbeiter, davon erhielt der revolutionäre Flügel, die Rote Gewerkschaft, 639 Stimmen und 13 Delegierte.

Vierzehn größere Leuchttürme an den Küsten Estlands, die bisher dem Verkehrsministerium unterstanden, werden vom 1. November ab dem Kriegsministerium unterstellt werden.

(Copyright by Internationaler Arbeiter-Verlag, Berlin.)

6. Fortsetzung.

Franz schlang das Mittagessen hastig hinunter. „Nu, nimm dir doch Zeit! Du erwürgst dich ja!" schimpfte Frau Kreusat. „Du rennst so lange mit, bis es dir geht wie dem Karl Kreschinski! Gottogott nee, wenn ich daran denke!"

Franz war den Jammer der Mutter gewöhnt. „Wir streiken! Hunderttausende Kumpels und andere Arbeiter! Du sollst erst mal in der Stadt sehen, wie's dort wimmelt! Heute marschieren wir nach dem Gerlingsplatz, aus allen Betrieben kommen sie!" Franz riß seine Mütze vom Bretthaken, stülpte sie auf, zog den Feldgrauen an und eilte zur Tür.

„Seh dich ja vor, Jung!" rief sie ihm nach.

„Das tue ich schon! Hallo!" Er nahm die Treppe in Sätzen.

In der ersten Etage stand die Naumannsche. „Na, wat is denn nu wieder los?" rief sie.

„Wir marschieren nach Essen, schickt euern Mann mit!"

„Der schläft noch!"

„Schmeißt ihn vom Strohsack!" . . .

Unten, auf der Straße, traf Franz Kumpels, die auch zum Sammelplatz liefen. Immer mehr Trupps füllten die Straße. Aus allen Häusern kamen sie, schlossen sich fragend und debattierend an. Auf dem Platz standen schon Hunderte, schoben sich durcheinander. Es summte wie ein großer Bienenschwarm. In der Mitte des Platzes wurde eine rote Fahne aufgerollt. Ein Windstoß erfaßte das Tuch. Es blähte sich blutfarbig und begann zu flattern.

Irgendwo ertönte Zermacks Baß. „Fertigmachen! Antreten!"

Die Bergleute, zu denen noch ein Teil Metaller vom Röllewerk hinzukam, ordneten sich langsam, schwerfällig zu einem langen Zuge, der im Kreisrund den Platz umspannte. Jupp Zermack erkletterte einen Mauervorsprung und sah sich nach Franz Kreusat um.

„Franz! Franz Kreusat!" Er winkte mit dem Arm Franz, der sich bei einigen Kumpels eingegliedert hatte, zu sich.

„Franz, du bringst sie nach dem Gerlingsplatz! Ich hole die Zollvereinler, die sich am Abzweig sammeln!"

Franz wurde rot vor Aufregung. „Kameraden, wir marschieren zum Gerlingsplatz! Achtung! — Im Gleichschritt . . . Marsch!" Der Demonstrationszug setzte sich schwerfällig in Bewegung. Vorne erhob sich die Fahne höher und bauschte sich.

„Singen!" „Los, eins gesungen!"

Der Zug schob sich stampfend auf die Straße. Sie faßten Tritt, und einer stimmte die „Internationale" an. „Wacht auf Verdammte dieser Erde . . ."

In den Fenstern der Häuserfronten erschienen erschreckte Bürgergesichter. Jalousien schnurrten herab.

„Die kriegen's mit der Angst zu tun!" Die Kumpels warfen triumphierende Blicke hinauf. Spotteten und lachten: „Die ham Furcht, es geht ihnen an den Kragen!"

An den Zechenkasernen ging es vorbei. „Völker, hört die Signale . . ."

Frauen- und Kindergesichter, ängstliche und frohe. „Laßt euch nur nicht ein paar aufbrennen!" riefen sie den Männern zu.

„Wir fressen die Kerle auf!" riefen die Vorbeimarschierenden herauf. Hier und dort ein verlegenes Mannsgesicht, schuldbewußt. „Los, mit!"

„Da komm'n se!" rief die Naumannsche der Kreusatschen zu, die die Treppe ausfegte. „Und der Franz, dat Luder, vorne an!"

Frau Kreusat stieß einen Seufzer aus und stolperte die Treppe hinauf. Martin stand schon mit ungesunden, roten Flecken im Gesicht am Fenster und schaute auf die Vorbeiziehenden herab.

„Franz geht vorn bei der Fahne," sagte er heiser. „Der dumme Jung," stammelte sie, schob Martin beiseite und bog sich weit zum Fenster heraus, um die Spitze des Zuges zu sehen, wo ihr Franz marschierte. Der winkte mit der Hand zurück.

Die Spitze des Zuges bog in eine Straßenkurve. „Der Jung, der alberne," seufzte Frau Kreusat und schloß das Fenster. Martin brummte was vor sich hin und stapfte in die Küche, wo er seinen Platz auf der Ofenbank einnahm.

„Habt ihr gesehn?" Die wuchtige Gestalt der Naumannschen erschien in der Türfüllung. „Wenn dat mal erst richtig losgewettert, dann gibt's aber Staub! Lange genug hat man auf uns herumgetrampelt!"

„Es leben alle! Ich weiß nicht, daß schon mal einer verhungert ist!" trotzte die Kreusatsche.

„Ihr habt nur den einen. Ich habe den ganzen Stall voll! Jedes Jahr hängt mir der verfluchte Kerl eins an! Wie ein Kaninchen, nichts wie säugen und um Fressen sorgen!"

Sie ging wütend fort. „Die blöde, mit Buckeln und Handfuß schaffte nichts, nee, man trampelt dich höchstens noch tiefer in den Dreck!"

Unten brüllte die Jüngste.

„Ja doch, du Teufel!" schimpfte sie.

V.

Der Gerlingsplatz war grau voll Menschen. Zahllose rote Fahnen und Transparente mit weißen und buntfarbigen Inschriften ragten aus der Masse empor. Aus den umliegenden Häusern sprachen die Redner.

„Wir haben uns entschlossen . . ." „. . . Generalstreik . . ." „Alle Macht den Werktätigen . . ." „. . . Sozialismus . . ." „Mit allen Mitteln verteidigen . . ." „Diktatur des Proletariats . . ."

So schwirrte es aus allen Fronten. Sozialdemokratische, unabhängig-sozialdemokratische und Redner vom Spartakusbund. Schon am Eingang zum Gerlingsplatz hatte Franz Kreusat eine Ueberraschung. Breit und paßig, mitten auf der Söllingstraße, stand Jakob Trauten.

„Stoppenberg hierher!"

Er glänzte vor Eifer und schloß sich Franz Kreusat an. „Das ist 'ne feine Sache, was? Ich sag's, ohne die Gewerkschaften macht man einfach nichts! Gar nichts, Franz! Wenn die Regierung nicht die aufgefordert hätte, den Generalstreik auszurufen, dann dampften jetzt noch die Pütte!"

Die Kumpels, die ihn kannten, spöttelten.

„Wat spielst du denn für 'ne Trompete, Jakob?"

(Fortsetzung folgt.)

Freital im Zeichen der Roten Sporteinheit

Trotz schlechtem Wetter glänzende Beteiligung / Riesenpleite bei den Reformisten

Die reformistische Hochburg in Freital ist von den revolutionären Arbeitersportlern gestürmt worden! Die Freitaler Arbeiterschaft hat das wahre Gesicht dieser Arbeiterverräter erkannt und durch ihre glänzende Beteiligung an dem demonstrativen Aufmarsch den Willen kundgetan, sich nicht abhalten zu lassen von dem Klassenkampf, den einzig und allein die Rote Sporteinheit unter den Fahnen der Kommunistischen Partei zu führen gewillt ist. Glaubten diese Reformisten wirklich, daß mit der Niederstimmung der kommunistischen oppositionellen Anträge zwecks Ueberlassung eines Geländes die revolutionären Sportler unterdrückt zu haben? Nun, das Gegenteil gerade in den Städten, wo mit Hilfe der Sozialdemokraten den Sportlern die Spielmöglichkeit genommen werden sollte, wie z. B. Heidenau, Zaucherode usw., wo man offen sich zum kapitalistischen Helfershelfer zeigt, gerade dort erkennen die Massen an Hand der offenen Tatsachen, daß die Demokratie nur Demagogie ist, mit der man aber versucht, die Arbeiterschaft abzulenken vom Klassenkampf. Auch unsere Deubener Genossen haben, gestärkt durch den Glauben des wahren Klassenkampfes, unbezwingbare Arbeit geleistet. Trotz großer Arbeitslosigkeit, die eine doppelte Aufforderung erforderte, schafften sich die Deubener Genossen eine Kulturstätte, die die Freitaler Arbeiterschaft am Sonntag zu würdigen verstand. Nicht die inszenierte Gegenaktion der Reformisten vermochte die Bundestreuen abzuhalten, sich an der Platzweihe zu beteiligen. Nur wenige Zuschauer konnte man auf dem bundestreuen Platze, abgesehen von einem Umzug, den man gar nicht anzutreten wagte, feststellen. Die Niederlage dürfte den Reformisten gezeigt haben, daß es den Freitaler Sportlern ernstlich darum zu tun ist, für ihre Interessen zu kämpfen. Das zeigte uns diese Deubener Platzweihe, die wirklich unter dem Zeichen der Roten Sporteinheit stand. Annähernd 3000 Zuschauer verfolgten mit Interesse die gezeigten Leistungen auf dem neugeschaffenen Sportplatz. Schon am Sonnabend wurden die sportlichen Wettkämpfe mit einem Fuß- und Handballspiel eingeleitet. Bereits am frühen Morgen des Sonntags, der leider mit recht schlechtem Wetter aufwartete, fand der Spielbetrieb seinen Fortgang. In den Mittagsstunden stellten sich die roten Sportler, sowie die revolutionäre Arbeiterschaft Freitals zum Demonstrationszug, an dem leider viele Genossen, die vormittags spielten, infolge der durchnäßten Sachen nicht daran teilnehmen konnten. Ein imposanter Zug, der schon rein äußerlich den proletarischen Klassencharakter ausdrückte, bewegte sich durch die Straßen Freitals. Voran marschierten die roten Sportler mit zahlreichen Fahnen und Transparenten, die mit ihren Losungen der Freitaler Arbeiterschaft zeigten, daß die roten Sportler Soldaten der Revolution sind und bleiben. Daran schlossen sich die revolutionären Organisationen Freitals, eine besonders starke Delegation hatte der RFMB, sowie der ISB Freitals entsandt. Weiter begrüßten wir die Arbeiterfotographen in unseren Reihen. Mehrere proletarische Musikkapellen ließen die Lieder der revolutionären Arbeiterschaft durch die Straßen Freitals erklingen. Der Zug bewegte sich von Potschappel durch Deuben nach dem Sportplatz, ein großer Teil der Freitaler Arbeiterschaft begleitete die Demonstranten auf dem Fußsteig. Nach Eintreffen der Demonstration auf dem Sportplatz ergriff der Landesleiter, Gen. Hans Voigt, Dresden, das Wort zu einer kurzen, aber zündenden Ansprache. Dabei gab er ein Telegramm des ZK, der sich auf dem Gautag versammelte und der Freitaler Arbeiterschaft revolutionäre Kampfesgrüße entbot, bekannt. Zahlreiche Transparente auf dem Sportplatz bekundeten die Forderungen des revolutionären Proletariats und forderten alle Fernstehenden auf, sich einzureihen in die Kommunistische Partei, den Kommunistischen Jugendverband.

Rote Sportler im Wettstreit

Spiele am Sonnabend

Handball Deuben 1—Cunnersdorf 1 11:4 (6:0)

Die Deubener Handballer bestritten im Rahmen der Deubener Platzweihe ihr erstes Spiel in der Opposition. Angeödet durch die Politik der Reformisten, fanden sie den Weg zu den Arbeitersportlern. Durch einen unhaltbaren Schuß des Deubener Mittelstürmers eröffnet der Gastgeber den Torreigen. Deuben kommt in Schwung und kann bis zur Pause fünf weitere Treffer erzielen. Die Gäste hatten in dieser Zeit nicht viel zu bestellen. Nach dem Seitenwechsel bleibt Deuben weiterhin in Front und kommt sofort zum 7. Treffer. C. versucht ebenfalls zu Erfolgen zu kommen, doch es fehlt an dem Torschützen. Der Gastgeber reiht noch zwei weitere Erfolge an. Cunnersdorf drängt nun mit aller Energie nach vorn und kommt zum ersten Erfolg. Durch ihren ersten Treffer sichtlich aufgemuntert, erzielen sie noch zwei weitere Erfolge, denen Deuben ebenfalls zwei weitere Tore gegenüberstellt. Zum Schluß erzielt C. noch den vierten Treffer. Mit einem kräftigen „Rot Sport" findet das Spiel sein Ende. Die Deubener Genossen, die in ihrer Mehrzahl aus dem Lager der Gellerittreuen gekommen sind, haben ihren ersten Kampf glänzend bestanden, der Verein Deuben hat somit in technischer Beziehung auf Kosten der Reformisten eine Verstärkung erfahren. Die roten Handballer Deubens stehen zur Opposition! Handballer Freitals, folgt ihrem Beispiel!

Fußball

Coßmannsdorf 1—Zaucherode 1 7:4 (3:2) Ecken 5:3

Zur Eröffnung der Platzweihe der roten Sportler Deubens stieg schon am Sonnabend dieses Spiel. Reichlich 400 Zuschauer umsäumten den Platz und waren Zeuge eines erstklassigen Spieles. Hier bekam man wirklich eine sportliche Delikatesse vorgesetzt. Zum Spiel selbst: Mit je drei Mann Ersatz betraten beide Mannschaften den Platz. Z. hat Anstoß; es gab erst ein beiderseitiges Abtasten. Schon von Anfang an setzte ein kolossales Tempo ein. In der 10. Minute gingen die Schwarzweißen in Führung. C., dadurch aufgemuntert, gelingt 10 Minuten später der Ausgleich. Einige Minuten später konnte C. in Führung gehen. Der Linksaußen von Z. verhilft zum zweiten Treffer. Kurze Zeit darauf kommen die Blaugelben zum dritten Treffer. Nach der Halbzeit geht es auf beiden Seiten flott weiter. Z. spielt von jetzt ab überlegen, kann aber nicht verhindern, daß der Gegner zweimal hintereinander einsendet. Z. setzt ebenfalls zwei Tore entgegen. C. kommt noch zu zwei billigen Erfolgen. Darauf Schlußpfiff. Schiri war gut.

Spiele am Sonntag

01 1—02 1 1:3 (1:2)

Nach Anstoß entwickelt sich sofort ein flottes Spiel, in dem die Vereinigten überlegen sind. 02 drückt mächtig und geht durch harten Flachschuß des Halbrechten in Führung. 01 gleicht aber bald aus. 01 wird jetzt bedeutend besser, und schafft gefährliche Momente vor des Gegners Tor. Doch 02 geht bald in Führung. Die Leute vom Hochufer drängen nun mit aller Macht zum Ausgleich. 01 wird nun unnötig hart, so daß das Spiel darunter leidet. Der Schiri unterbindet aber sofort jede Unfairneß. Beide Parteien spielen mit größtem Eifer, trotz größter Anstrengung gelingt es aber keiner Mannschaft, bis zur Halbzeit das Resultat zu ändern. Nach der Pause wird das im typischen Punktspiel geführte Treffen fortgesetzt. 02 ist jetzt tonangebend und erzielt den dritten Treffer. Bei diesem Resultat bleibt es bis zum Schluß. Schiri leitete einwandfrei.

Deuben 1—Dohna 1 1:3 (1:1)

Der Schiri gibt das Leder frei und es entwickelt sich sofort ein interessanter Kampf. Beide Stürmerreihen zeigen schöne Angriffe, die aber von den Hintermannschaften geklärt werden. In der 12. Minute Eckball für Dohna, der vom Mittelstürmer eingeköpft wird. 0:1! Die Gäste verschaffen sich durch gutes Zuspiel eine leichte Ueberlegenheit. Deuben glückt in der 18. Minute der Ausgleich. Darauf verteiltes Spiel. Bis zur Pause versuchen beide Mannschaften die Führung an sich zu reißen, was aber an der guten Arbeit beider Hintermannschaften scheitert. Mit einem Unentschieden werden die Seiten gewechselt. Nach der Halbzeit wird der Platzbesitzer bedeutend gefährlicher und bringt das Tor der Gäste öfters in Gefahr. Flinke Ballabgabe und schnelles Erfassen der Situation zeichnet die eifrigen Genossen aus dem Plauenschen Grunde aus. Dohna vergibt mehrere totsichere Chancen vor dem Tor. In den letzten Minuten gehen die Rotweißen nochmals tüchtig ins Zeug, doch alle gutgemeinten Schüsse der Stürmer gehen fehl. Eine Sekunde vor dem Schlußpfiff köpft der Deubener Sturmführer einen Eckball ganz knapp an der Torlatte vorbei ins Aus. Mit einem kräftigen Rot-Sport findet das schöne und an Momenten reiche Spiel sein Ende. Es war ein Werbespiel im wahrsten Sinne des Wortes. Deuben hat auch mit diesem Spiel gezeigt, daß die rote Sporteinheit im Plauenschen Grunde marschiert. Der „fortschrittliche" Schiri war dem Spiel jederzeit ein gerechter Leiter.

Die reformistische Leitung des ASB Freitals gegen die roten Sportler

Trotz eines Antrages der Mitglieder des ASB Freitals lehnte die reformistische Leitung des ASB die Stellung von Sanitätshilfe auf dem Sportplatz der ausgeschlossenen Sportler ab. Einige klassenbewußte Arbeitersamariter ließen sich dennoch nicht abhalten, ihre Kräfte in den Dienst der Roten Sportbewegung zu stellen. Die Haltung der reformistischen Leitung ist bezeichnend! Die Arbeitersamariter haben trotzdem gezeigt, daß sie sich mit den Ausgeschlossenen solidarisieren. Genossen im ASB! Macht euch frei von diesen Phrasenhelden! Beseitigt alle reformistischen Einflüsse und baut eure Organisation auf wirklich proletarischer Grundlage auf!

DSV schlägt Dresdner Städtemannschaft 4–1

Anläßlich der Platzweihe stellte die Bezirksleitung eine Städtemannschaft zusammen, die ihre Spielstärke gegen den altbewährten Meister DSV unter Beweis zu stellen hatte. Wir bringen nachfolgend den Spielverlauf.

DSV 1—Städtemannschaft Dresden 4:1 (1:1), Ecken 5:0.

Beim DSV wirkte zum ersten Male der von der Spieltournee durch die Sowjetunion zurückgekehrte Gen. Achzig wieder mit.

DSV hat Anstoß, der Halbrechte bricht sofort mit dem Ball durch, wird aber vor dem Tor abgedrängt, der Schuß geht ins Aus. In den nächsten Minuten Strafstoß vor dem Tor für die Rothosen, der aber verschenkt wird. Die Städtemannschaft kommt jetzt etwas mehr ins Vordertreffen und schafft kritische Momente vor dem gegnerischen Heiligtum. Ein darauffolgender Durchbruch führt zum ersten Erfolg für die Städteelf. DSV wird aufgemuntert, führt schöne Angriffe vor das Städtetor, die aber von der roten Verteidigung abgewehrt werden. Darauf Mittelfeldspiel. In der 22. Minute gibt der Unparteiische Elsmeier für DSV, der vom Mittelstürmer glatt verwandelt wird. DSV drängt mit aller Macht, den Sieg an sich zu reißen, jedoch das Schlußdreieck des Gegners verhindert jeden Erfolg. Besonderes Können zeigte hierbei der Städtetorwächter. Trotz größter Anstrengung beider Parteien bleibt das Resultat bis zur Pause unentschieden. Nach dem Seitenwechsel sieht man DSV weiter in Front. In der 58. Minute gibt der Schiri für die Städtemannschaft Elsmeier, welcher verschossen wird. In den nächsten Minuten großes Gemassel vor dem Tor der Rothosen, das aber noch mit viel Glück geklärt wird. Ein Alleingang von Winkler (Pirna) schafft einen gefährlichen Moment vor dem gegnerischen Tor. Der scharfgetretene Flachschuß geht aber äußerst knapp an der Latte vorbei. Die Städtemannschaft wird jetzt etwas aufgelegter und gestaltet das Spiel offener.

DSV drückt einige Minuten vor dem gegnerischen Tor. Doch Katzer, (Fortschritt) ist in glänzender Form und klärt die gefährlichsten Sachen. Hochbaum setzt einen prächtigen Fernschuß aufs Tor, der an die Latte geht und beim Zurückprallen durch den Mittelstürmer verwandelt wird. Eine Minute später sitzt unhaltbar Treffer Nr. 3. Ein darauffolgender Schuß kann vom Torwächter der Städtemannschaft gehalten werden. Die Städteelf wird nun etwas aufgemuntert, jedoch scheitern alle Angriffe an der gegnerischen Verteidigung. Hanisch scheint unüberwindlich. Die Städtemannschaft drückt jetzt gewaltig, doch Wehmann ist auf dem Posten. Die Roten lassen aber nicht locker und versuchen, das starke Bollwerk zu durchbrechen. Ein Bombenschuß von Achzig führt zum vierten Erfolg für den Altmeister. Kurz vor Schluß setzt der Mittelstürmer der Rothosen einen scharfen Schuß auf das gegnerische Tor, der aber von den Talentierten gehalten wird.

DSV gewann verdient. Die Städtemannschaft gab jederzeit einen nicht zu unterschätzenden Gegner ab, so daß das Resultat zu hoch ausgefallen ist. Das Spiel war jederzeit interessant und unserer Bewegung würdig und hat damit bestimmt die Erwartungen der zahlreichen Zuschauer voll und ganz erfüllt. Der Schiri leitete einwandfrei.

Weitere Resultate von Deuben:

02 2—Deuben 2 5:1; DSV Jgd.—Höckendorf Jgd. 3:1.

Spiele außerhalb der Platzweihe:

Cossebaude 1—Zschachwitz 1 3:3 (2:3)

Zunächst suchen beide Parteien Schwächen des Gegners. Etwa 15 Minuten nach Beginn eröffnet Z. den Torreigen. Einer Steilvorlage setzt der Mittelstürmer der Zschachwitzer nach und verlängert durch Kopfball über den herausgelaufenen Torwächter hinweg zum 1:0. Wenige Augenblicke später Alleingang desselben Spielers und das Resultat heißt 2:0. Cossebaude hatte sich noch nicht recht erholt, als ein 16-Meter-Strafstoß gegen sie verhängt wurde. Der Mittelläufer der Zschachwitzer schießt flach und Mittelläufer von C. lenkt prompt zum 3:0 ein.

Jetzt besinnt sich C. auf seine Außenseiterfähigkeiten. Linksaußen hat sich durchgesetzt, ein harter Flachschuß und 3:1 steht das Spiel. C. dadurch aufgemuntert, liegt jetzt klar in Front. Bald lenkt der Mittelläufer von C. zum 3:2 ein. Dann Pause. Endlich gelingt es abermals dem Mittelhalf, nachdem er zwei bis drei Spieler umspielt hat, den Ausgleich zu erzielen. Großer Jubel beim Publikum. Bald darauf Schluß.

Heidenau 1—Fortschritt 1 3:0 (2:0); Doberschau 1—Sächs. Schweiz 1 4:4; Graupa 1—Laußnitz 1 3:1.

Arbeiter-Sportler, lest die „Arbeiterstimme"!

Reichskonferenz der Fußballsparte der IG

Bei Erscheinen dieser Notiz werden die Reichssportensatzungen inzwischen schon in Besitz der Vereine gelangt sein. Die provisorische Reichsleitung der Fußballsparte ersucht daher alle der IG angeschlossenen Fußballvereine bzw. Abteilungen, auf allen Tagungen zu den organisatorischen, technischen und Schiedsrichterfragen gründlich Stellung zu nehmen. Ueber den Delegationsmodus ist im letzten Rundschreiben Mitteilung gemacht worden und ersuchen wir danach zu verfahren.

Die Konferenz, die erst in Leipzig stattfinden sollte, findet nunmehr in Halle a. S. im Volkspark, Burgstraße, am 1. und 2. November 1930 statt.

Des weiteren machen wir darauf aufmerksam, daß Anträge sowie Aenderungen zu den Reichssportensatzungen und die Adressen der Delegierten bis zum 18. Oktober 1930 an die Reichssportenleitung Berlin C 2, Neue Friedrichstraße 79a, eingereicht werden müssen. Das Material zu der Konferenz kann den Delegierten nur dann rechtzeitig zugestellt werden, wenn der Termin bis zum 18. Oktober eingehalten wird.

Interessengemeinschaft für Rote Sporteinheit, Reichsfußballsparte. J. A. Keller.

Amtliche Bekanntmachungen der IG

Sonntag den 12. Oktober findet in Schmidts Restaurant, Flemmingstraße, 9 Uhr Fußballbörse statt. Das Erscheinen jedes Vereins ist wichtig! Die Bezirksleitung.

Achtung! Spielleiter des 2. Bezirkes! Ausschneiden!

Aus technischen Gründen haben alle Spielleiter die Zuschriften betreffs der Vorschau von nun ab an folgende Adresse zu senden: Bezirksleitung der IG, Dresden, Poppitz 18. Alle Zuschriften müssen spätestens jeden Dienstagnachmittag an die Nummer Dresden 11653 bekanntgemacht werden, und zwar Dienstags von 20 bis 22 Uhr.

Die Veri-Zentrale. J. A. Brendel.

Schwerathletik

Der von der Athletikvereinigung E. V. Radeberg am 27. und 28. 9. durchgeführte Wettstreit wurde im überfüllten Saale des Deutschen Hauses eröffnet. Es wurde vorzüglicher Sport geboten. Nachstehend die Resultate im Boxen:

Fliegengew. 1. Sieger Friedel, Radeberg; Bantamgew. 1. Sieger Schnabel, Bernsdorf; Federgew. 1. Sieger Schneider, Dresden-West; Leichtgew. 1. Sieger Schrinner, Radeberg; Weltergew. 1. Sieger Gutekunst W., Radeberg; Mittelgew. 1. Sieger „Punching", Dresden; Schwergew. Leunert, Radeberg. Im Ringen: Jugend 105 Pfd. Gäbler Alfr., Weißig.

Fliegengew. Sieger Schwarz, Dresden, Heltonia.

Bantamgew. Sieger Steglich, Dresden, Heltonia.

Federgew. Sieger Wittwer, Dresden, Sandow.

Leichtgew. Sieger Buch, Dresden, Sandow; 2. Roitsch, Heidenau.

Mittelgew. Sieg. Kaden, Radeburg; 2. Stahr, Penzig.

Halbschwergew. Sieger Kieß, Penzig; 2. Wustmann, Heidenau.

Schwergew. Sieger Hieckmann, Heidenau.

Spielvereinigung 02 Dresden, Mitgl. der IG. Dienstag den 7. Oktober um 20 Uhr im Sängerheim, Alaunstraße: Versammlung. Jeder Genosse muß erscheinen. — 19 Uhr Spielausschuß.

Bei der Bezirkskasse gingen folgende Beträge für den Wahlfonds der Partei ein:

Straßenbahnhof Pfotenhauerstraße	23,—	RM
Malerei-Genossenschaft	23,—	„
Reick	169,—	„
Straßenzelle C	22,—	„
Straßenzelle Neumarkt	29,—	„
Zelle Zentrum	125,—	„
Zelle D	160,—	„
Zelle A	90,—	„
Zelle B	50,—	„
Lichtentanne	26,—	„
Callnberg	15,52	„
Johanngeorgenstadt	15,50	„
Leipzig E	56,80	„
Oberfrohna	68,06	„
Remse	7,80	„
Brand-Erbisdorf	5,36	„
Bernsbach	27,20	„
Mylau	66,80	„
Thalheim	106,16	„
Grimma	32,70	„
Plauen	88,05	„
Königstein	23,90	„
Posseck	2,70	„
Bockwa	10,25	„

Verantwortlich für Politik und Gewerkschaftliches: Ernst Schneller, M. d. R., Berlin; für Lokales und Feuilleton: Willy Forner, Dresden; für Sport: Albert Zwicker, Dresden; für Inserate: Arthur Burkert, Dresden. — Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden. Druck: Peuvag, Druckereifiliale Dresden, Güterbahnhofstraße 2.

Bestellschein

Hiermit bestelle ich ab ..... die

„Arbeiterstimme"

Organ der Kommunistischen Partei für Ostsachsen

Vor- und Zuname: .....

.....

Wohnung: .....

Vorder-/Hinter-Haus ..... Tr./pt. bei .....

Beilage
Montag den 6. Oktober 1930

Arbeiterstimme

Nr. 233
6. Jahrgang — Tageszeitung der KPD

„Skandal im Rathaus"

SPD-Bonzen organisieren öffentliche Versammlungen zur Täuschung der Massen

Die Volkszeitung kündigt für kommenden Mittwoch drei Massenversammlungen an. Die „Kanonen" marschieren auf, um über die Steuergesetzgebung, die Finanz- und Sozialpolitik im Dresdner Stadtparlament zu sprechen. Bürgermeister Dr. Bührer, Stadtverordneter Finsterbusch, Stadtverordneter Franke, Stadtrat Friedrichs, Stadtverordneter Rösch und Stadtrat Sander sind auserkoren, das schwere Werk zu vollbringen, den Dresdner Einwohnern begreiflich zu machen, daß nur die SPD für die Dresdner Einwohner eintritt. Wer will sich die Gelegenheit entgehen lassen, Bürgermeister Bührer begründen zu hören, warum er statt 6 Mark gleich 12 Mark Hundesteuer erheben wollte!?

SPD-Agitationsanträge im Rathaus!

Heute abend Stadtverordnetensitzung

Die Tagesordnung der heute 19 Uhr im Neuen Rathaus stattfindenden Sitzung der Stadtverordneten umfaßt 47 Punkte. Die sozialdemokratische Fraktion hat eine Anzahl Agitationsanträge eingereicht, deren Verwirklichung ihr nicht ernst ist, die sie aber stellt, in der Erwartung, daß dadurch ihr ramponiertes Ansehen bei den Erwerbslosen besser werde. Eine Anzahl kommunistischer Anträge, u. a. auf Einführung der 40-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich, kommt ebenfalls zur Behandlung.

Städtische Markthallen. Nach Mitteilung der Marktverwaltung werden die 3 städtischen Markthallen von Montag den 13. Oktober 1930 ab bis zum Frühjahr 1931 nicht mehr um 6 Uhr, sondern um 7 Uhr für den Verkauf geöffnet. An den übrigen Verkaufszeiten ändert sich nichts.

SPD-Diktator Bührer erklärt:

„Ohne die Stadtverordneten wird regiert!"

Bührer kündigt an: Ausschaltung der Stadtverordneten, um die Younglasten auch in der Gemeinde Dresden schneller auf die Werktätigen abwälzen zu können!

Dr. Bührer, der sozialdemokratische Finanzdezernent, hat vor den wohlbeleibten Herren der Dresdener Kaufmannschaft einen Vortrag über die Finanzlage der Stadt Dresden gehalten. Herr Bührer wird seine Gründe dafür gehabt haben, warum er sich mit seinem Klagelied über die Finanzmisere gerade zu den bourgeoisen Dickbäuchen geflüchtet hat.

Zunächst ist interessant, daß die Stadt Dresden nach den Ausführungen Bührers eine schwebende Schuld von 32 Millionen Mark hat, die als Teil der städtischen Gesamtschulden, die einen Betrag von etwa 200 Millionen Mark ausmachen, anzusprechen sind.

Das gesamte Vermögen der Stadt besteht dagegen nach dem Stande vom 31. März 1929 etwa 507 Millionen Mark. Vermögenswerte, die in Grundstücken, städtischen Anlagen usw. zu suchen sind.

Dr. Bührer, der am Mittwoch vor der sozialdemokratischen Wählerschaft über einen „Skandal im Rathaus" berichten will, hat sich vor den Dresdner Pfeffersäcken nun dahingehend ausgesprochen, es werde nichts anderes übrigbleiben als äußerste Sparsamkeit und Beschränkung der städtischen Ausgaben.

Die Dresdner Neuesten Nachrichten, die über den Vortrag Bührers berichten, schreiben, daß Bührer nicht mit „überraschend neuen Ideen" habe aufwarten können:

„Er will die Stadtverwaltung vereinfachen und die leitenden Beamten für die Finanzwirtschaft ihrer Aemter persönlich verantwortlich gemacht sehen. Das Ratskollegium hält er für zu groß, viele Aufgaben der laufenden Verwaltung sollen ohne die Stadtverordneten erledigt werden."

Das letztere heißt unserer Meinung nach Ausschaltung der Stadtverordneten bei den Manipulationen, die seitens des Finanzmannes Bührers im Interesse und im Auftrage der Trustbourgeoisie und des Bankkapitals durchgeführt werden.

Weiter ist interessant, zu erfahren, daß die Kraftspeicherwerkanlage in Niedermartha überflüssig wird, da eine Zentralisation der Elektrizitätsversorgung durch das Reich bevorstünde (!!!). Da wären also wieder einmal einige Millionen Mark zu Nutz und Frommen kapitalistischer Großverdiener verpulvert worden ...

Aber da Herr Bührer einmal beim „Beichten" war, hat er in einem Zuge noch verraten, daß die Stadt in den letzten Jahren Dinge gebaut habe, die jetzt als überflüssig erscheinen, und daß vor allem die sogenannte „Kaditzer" Elbbrücke und der städtische Speicher sich als „Fehldispositionen" erwiesen hätten. Von dem Busenfreund des sozialdemokratischen Finanzdezernenten, dem Oberbürgermeister Blüher, konnte man bei der Einweihung der Brücke etwas anderes hören ...

Schließlich stimmte Bührer den Ruf nach dem Diktat über die Gemeindeverordneten an, denn es könne nicht sein, daß die Stadtverordneten Dinge beschließen, für die keine Deckung vorhanden sei. (Wie vereinbart sich das mit der Forderung der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion nach „Hilfe für die Wohlfahrtserwerbslosen?")

Bührers Ruf nach unbeschränkter Freiheit des Handelns, nach der Unterordnung der Stadtverordneten unter die Befehle der Kommunalbürokraten, veranlaßt selbst die Dresdner Neuesten Nachrichten zu der Feststellung:

„Für einen sozialdemokratischen Bürgermeister bedeuten diese Ausführungen mehr oder weniger eine Abkehr von kommunalpolitischen Gedankengängen, wie sie bisher gerade von seiner Partei vertreten worden sind. Wie er diese Sparmaßnahmen und Vereinfachungen praktisch durchführen will, bleibt abzuwarten. (Nur keine Angst! — Red. d. Arbeiterst.) Man hat leider den Eindruck, daß die Einsicht des städtischen „Finanzministers" reichlich spät gekommen ist."

Spät kommt er, doch er kommt ... Der sozialdemokratische Finanzminister nämlich zu der vollständigen Einreihung in die Front der kapitalistischen Machthaber. Denn nichts anderes bedeutet der Vortrag Bührers, als die vollständige Verzichterklärung auf die Wahrnehmung der Interessen des werktätigen Volkes, nichts anderes als die vollständige Bereitwilligkeit, im Interesse der Kapitalisten alles aus den werktätigen Schichten herauszuholen, was im Interesse der „Sanierung der Gemeindefinanzen" nur herausgeholt werden kann.

Wie Dr. Bührer diese Tatsache, die er ja schon durch seine wiederholten Abstreichungen am Fürsorge- und Wohlfahrtsetat der Stadt Dresden unter Beweis gestellt hat, am Mittwoch vor den sozialdemokratischen Wählern zu vertuschen suchen wird, darauf sind wir gespannt. Aber wenn Bührer ein guter Youngfronvogt ist, warum sollte er nicht geschickter Beherrscher der Methoden des Arbeiterbetrugs sein? Einsetzt jadas andere voraus.

Geheimnisse der „Detektei Holmes"

Blick hinter die Kulissen eines kleinen Detektivbüros

Enge Straße im Innern der Stadt ... Mietskasernen. Zwei, drei und vier Hinterhöfe, abbröckelnde Fassaden, Kellerwohnungen ohne Licht. Ihre Bewohner sind dem Hunger am nächsten. Vom ersten bis vierten Stock Arbeiterlöcher. In den Küchen brodelt Bohnensuppe. Die Stuben stecken voll Kinder. Die Fenster voll schlechter Bettwäsche.

In so einer Kaserne arbeitet die „Detektei Holmes", Vorderhaus, 1. Etage. Die Stufen sind ausgetreten, die Geländer wackeln. Als ich die Flurglocke reiße, öffnet eine Frau im altmodischen Kleid, mit bis zum Kinn schließendem Spitzenkragen.

Ob einer von den Detektiven zu Hause ist? Jawohl, ich solle nur nähertreten. Es geht in die gute Stube, und da sitzt der Detektiv.

Wie anders waren die Detektivräume unserer Kinderjahre. Große Menschen, glattrasiertes Boxerkinn, durchdringende Augen, Tag für Tag hinter Mördern pirschend, einen 18schüssigen Coltrevolver lose in der Tasche, Meister der Maske, universale und heroische Riesen.

In der guten Stube sitzt ein Männchen. Die Mitte des Lebens hat er lange überschritten. Hinter Brillengläsern liegen zwei müde, devote Augen. An der Tür keine Selbstschüsse. Auf dem Korridor keine Falltür. Auch Messer nageln dich nicht an den Lehnstuhl. Aber der Trompeter von Säckingen, in Zinn gegossen, steht in der guten Stube. „Ach, Sie kommen von der Zeitung? Das ehrt mich aber sehr." Geschäftig rutscht er mir einen Ohrenklappenstuhl heran. „Mein Personal? Ja, das ist meine Tochter, meine Gattin, die Sie bereits kennen, und ich. Die Zeiten sind schlecht. Ich bin Miete rückständig, ja, aber ich lebe gerade so. Meine Arbeit? Meine Fälle sozusagen?"

Aus einem alten Sekretärschreibtisch zieht er einen dicken Folianten. Da ist z. B. eine Frau Schlächtermeister, sie wohnt nicht weit. Frau Schlächtermeister nimmt an, daß ihr Mann mit einem jungen Mädchen spazieren geht und möchte ihn dabei gerne photographiert haben. Der Mann geht aber wirklich bloß zum Kegelklub. Aber die Frau zahlt pünktlich und deshalb schickt ihr der Detektiv allmonatlich Führungsatteste für ihren Mann.

Ein anderer Fall. Herr Bl. hat sich einen Anzug machen lassen, nicht abbezahlt und im Gerichtssaal den Offenbarungseid geschworen. Jetzt jagt der Schneidermeister hinter Bl. her. Er, der Detektiv, soll Bl. beim Bruch des Offenbarungseides ertappen. Aber der ist arbeitslos, und der Offenbarungseid ist echt.

Der 26jährige Seifenreisende H. will die Hauswirtin und Hausbesitzerin C. ehelichen. Der Detektiv soll ermitteln, wieviel Vermögen vorhanden und ob irgendwo uneheliche, aber erbberechtigte Kinder versteckt sind. Ist das nicht der Fall, so ist Herr H. gewillt, den Bund fürs Leben zu schließen.

Es ist schon 17,30 Uhr geworden. Draußen dunkelts. Der Detektiv hat noch etwas zu tun. Nein, er steigt nicht in die Kanalisation hinab. Da hat er nichts zu suchen. „Es wird kalt, da wollt' ich heut noch aus meiner Laube in der Gartenkolonie das Sofa abholen. Sonst wird es versaut. Denn jetzt im Winter schlafen immer Obdachlose in den leeren Lauben, die kommen immer rein." Dagegen kann sich auch die Detektei Holmes nicht schützen.

Str.

Als Lok-Führer in der Sowjetunion

Brief aus dem Donezbecken — Der Volkszeitung ins Stammbuch

Kurz vor der Wahl erhielt ein Eisenbahnarbeiter von einem früheren Kollegen aus dem Donezbecken den unten veröffentlichten Brief. Erst jetzt sahen einige Parteigenossen diesen Brief, den wir wortgetreu wiedergeben. Er widerlegt besser als lange Leitartikel die verlogenen Hetzartikel der sozialdemokratischen Presse über Hungersnot, Arbeitslosigkeit, Rechtlosigkeit der Arbeiter usw. in der Sowjetunion.

Lieber Kollege Franz!

Du wirst wohl über meine Zeilen staunen. Wie Du siehst, bin ich in Rußland. Und zwar im Donezbecken, also nicht weit von der Krim. Ich bin hier als Lok-Führer auf einer Zeche beschäftigt und verdiene 140 bis 160 Rubel monatlich. Wir sind hier mit 52 deutschen Kollegen, die meist alle verheiratet sind. Wir arbeiten täglich sieben Stunden und haben jeden fünften Tag einen Ruhetag. Die meisten Kollegen wollen ihre Frauen nachkommen lassen. Wir essen zusammen aus einer Küche und bezahlen dafür 10 bis 14 Rubel wöchentlich Kostgeld, je nachdem, wie jeder gegessen hat.

Nun etwas über die Partei. Wir wurden auf einer größeren Station an der Grenze von russischen Genossen mit Musik empfangen. Anschließend hatten wir gleich drei Tage Ruhe und wurden großartig verpflegt. Dann wurden wir alle gefilmt, die Aufnahmen sind in der AIZ zu finden. Als Abschied war im Klubhaus erstmals eine Versammlung, daran anschließend Tanz, Konzert und gleichzeitig eine Verbrüderung mit den russischen Genossen und Genossinnen.

Nun das Arbeitsverhältnis. Wir hier auf der Zeche haben einen roten Direktor, einen Betriebsführer und einen Ingenieur, alles Genossen. Die gehen genau so an die Arbeit wie jeder Genosse und sind nicht zu unterscheiden von uns, alles auf Du und Du. Heute z. B. stand ich mit meiner Maschine auf dem Zechenplatz und war auf der Karre eingeschlafen, da hatte mich der rote Direktor geweckt und verlangte eine Zigarette. Er bedankte sich dann höflich und ging weiter. Ich habe meinen Heizer gefragt, der spricht perfekt Deutsch, was der Direktor für ein Gehalt bekommt. Da hat er mir geantwortet: 160 Rubel.

Das Antreibersystem fällt hier ganz und gar weg. Jeder arbeitet seiner Interessen halber, nicht wie in Deutschland hinter zwei Schlossern ein Meister oder der Vorarbeiter. Du kannst mal über das Schreiben selbst urteilen, was wir als Deutsche in Rußland für Rechte haben. Grüße meine Kinder, und dann bitte ich Dich, schreibe mal gleich Antwort. Auf dem beiliegenden Kuvert ist meine Adresse ...

Mit kollegialem Gruß zeichnet hochachtungsvoll

Willi Schimkat.

Roter Oktober

Dienstag den 7. Oktober
20 Uhr bei Watzkes

Donnerstag 9. Oktober
20 Uhr im Orpheum

Zeppelin über Dresden

Wie erwartet, erschien gestern der Zepp auch über Dresden, den Einwohnern „Reverenz" zu machen. In den Stadtteilen der Reichen erhob sich Hurrageschrei beim Anblick dieser modernen Waffe für den imperialistischen Krieg. In den Arbeitervierteln war der Zeppelinrummel Anlaß, über seine Bedeutung als Waffe gegen die Sowjetunion zu diskutieren.

Wachwitz endgültig eingemeindet!

Gestern fand in Wachwitz nochmals eine Abstimmung über die Eingemeindung nach Dresden statt. Von 1016 Stimmberechtigten haben 300 mit Nein, 27 mit Ja gestimmt. Zwei Stimmen waren ungültig. Damit ist der Antrag der Gemeindeverordneten, daß die Eingemeindung bis zur nächsten Vollergänzung des Gemeindeverordnetenkollegiums zu unterbleiben hat, abgelehnt worden.

Kapitalistische Elendsziffern ...

2971 Erwerbslose in Pirna

In der Stadt Pirna betrug am 1. Oktober 1930 die Zahl der Arbeitslosenunterstützungsempfänger 1038, der Krisenunterstützungsempfänger 960, der Wohlfahrtserwerbslosenunterstützungsempfänger 973, zusammen 2971. Es entfallen demnach auf 1000 Einwohner 90 Arbeitslose. Außerdem entfallen auf 1000 Einwohner 52 Fürsorgeunterstützungsempfänger (ausschließlich der Wohlfahrtserwerbslosen).

Entlarvter Volkszeitungsschwindel!

„Einheitsfront zwischen Sowjetstern und Hakenkreuz"

Vor einigen Tagen brachte die sozialdemokratische Presse eine Schwindelmeldung, wonach die „Einheitsfront zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten" eine Stillegung der Berliner Verkehrsbetriebe am 2. Oktober organisiere. Dieser aus den Fingern gesogene Schwindel erfährt seine Widerlegung durch die sozialdemokratische Presse selbst. Die Dresdner Volkszeitung von gestern schreibt, „die geplante Stillegung sei gescheitert" und „der Verkehr habe nicht die mindeste Beeinträchtigung erlitten". — Nicht die mindeste Beeinträchtigung! Donnerwetter, muß sich die „kommunistisch-nationalsozialistische Einheitsfront" bei der Sache „angestrengt" haben. Ob dieser entlarvte Schwindel nicht dem sozialdemokratischen Arbeiter zu denken geben wird?

Achtung Dresdner Erwerbslose!

Dienstag den 7. Oktober, mittags 12 Uhr, marschieren die Erwerbslosen Dresdens auf den Elbwiesen bei Antons in der Nähe der Vogelwiese gegen Hunger und Faschismus auf. Die Stempelstellen müssen so stellen, daß sie Punkt 12 Uhr bei Antons eintreffen.

Die RGO im Angriff!

Antwort auf den Beschluß der Limbacher Metallarbeiter

Belegschaft Jahn, Leipzig, beschließt den Streik

im Falle des Lohnabbaues — Kampf für die Forderungen der RGO — Ein anfeuerndes Beispiel für die sächsischen Metallarbeiter!

Der von uns veröffentlichte Beschluß des DMV Limbach, der von der Gesamtmitgliedschaft im DMV Limbach in einer außerordentlichen Mitgliederversammlung bestätigt wurde, hat bei den Metallarbeitern begeisterten Widerhall gefunden.

In einer am Mittwoch dem 1. Oktober stattgefundenen öffentlichen Betriebsversammlung der Belegschaft der Eisengießerei Jahn in Leipzig-Leutzsch ist nach einem eingehenden Referat des ehemaligen Betriebsratsvorsitzenden, des Gen. Schwartz, nachstehende Entschließung einstimmig angenommen worden:

„Die am 1. Oktober 1930 tagende öffentliche Betriebsversammlung der Eisengießerei Jahn bringt zum Ausdruck, daß sie auf jeden Lohnraub, der versucht wird durchzuführen, mit der sofortigen Aufnahme des Kampfes antworten wird. Sie verurteilt auf das entschiedenste das verräterische Verhalten der DMV-Bürokratie.

Die Betriebsversammlung fordert die Kollegen in den übrigen Metallbetrieben auf, sofort den Kampf zu organisieren

gegen den beabsichtigten Lohnraub der Metallindustriellen, für eine Erhöhung der Löhne, für den Siebenstundentag mit vollem Lohnausgleich.

Die täglich fortschreitende Verelendung der werktätigen Bevölkerung durch die Erhöhung aller Preise der wichtigsten Lebensmittel und Bedarfsartikel erfordert gebieterisch die Aufnahme des Kampfes.

Die Versammlung begrüßt den Aufruf der Limbacher Metallarbeiter, solidarisiert sich mit diesem Aufruf und stellt sich hinter die Forderungen der RGO."

Damit hat einer der wichtigsten Betriebe der Leipziger Metallindustrie seinen Kampfwillen gegen den Lohnraub der Metallindustriellen zum Ausdruck gebracht.

Gleichzeitig hat die Belegschaft in ihrer Entschließung ihre Solidarität mit dem Aufruf der Limbacher Metallarbeiter betont.

Diese Beschlüsse müssen in allen Betrieben der sächsischen Metallindustrie Nachahmung finden. Noch immer geht der Kuhhandel hinter den Kulissen weiter, noch immer wird der Schacher um das Fell der Metallarbeiter weitergetrieben.

Die Metallarbeiter dürfen das frevelhafte Spiel mit ihren elementarsten Lebensinteressen nicht mehr länger dulden. Den ersten Schritt dazu haben die Kollegen der Firma Jahn getan. Sie haben die Kampfaufnahme beschlossen, falls versucht wird, auch nur einen Pfennig von dem ohnehin schon kärglichen Lohn zu rauben. Die übrigen Metallbetriebe müssen sich diesem Vorgehen anschließen.

RGO

Betriebs- u. Gewerkschaftsfunktionäre!

Heute abend 7,30 Uhr im Brandenburger Hof

1. Bericht vom RGI-Kongreß. Referent: P. Gruner
2. Metallarbeiter-Bewegung

Alle Partei-, Gewerkschafts- und Betriebs-Funktionäre müssen in dieser Sitzung anwesend sein

Schwerer Reinfall der DMV-Bonzen

„Moskaus wachsende Sorgen"

Ein dummdreistes Lügenmanöver der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie in der Metallarbeiter-Zeitung — Sie widerlegen sich selbst

In ihrer blindwütenden Hetze gegen die Kommunisten und die Sowjetunion leisten sich die sozialdemokratischen Lügenfabrikanten oft Dinge, die selbst dem Dümmsten sonderbar erscheinen müssen. Selten ist aber ein Antisowjetschwindel so rasch, nämlich noch in derselben Zeitung, widerlegt worden, wie dies in der letzten Nummer der **„Metallarbeiter-Zeitung"**, dem Organ des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, geschah.

In Nr. 39 vom 27. September 1930 der „Metallarbeiter-Ztg." wird in einem zweispaltigen Artikel das alte Märchen von den „Sorgen der russischen Machthaber um die Durchführung des „Fünfjahrplanes" wieder aufgewärmt. Der Artikel ist überschrieben mit **„Moskaus wachsende Sorgen"**. Es wird hier ein angeblicher Leitartikel unseres Genossen Kalinin, der in der „Iswestija" und der „Prawda" erschienen sein soll, zitiert. Wir geben die in der „Metallarbeiter-Zeitung" zitierten Stellen des Leitartikels wieder. Diese Zitate schlagen den sozialdemokratischen Schwindlern selbst ins Gesicht. Es heißt wörtlich:

„In unseren (also den russischen!) Zeitungen finden sich täglich Aufschreie der großen und kleineren Wirtschaftsorgane: Gebt uns Arbeitskräfte, bei uns ist die Lage in bezug auf Arbeitskräfte katastrophal."

Die „Metallarbeiter-Zeitung" schreibt dann weiter über den Artikel Kalinins:

„Kalinin weist darauf hin, daß noch vor kurzem in Rußland eine Million Arbeitslose gezählt wurden, während heute an den Arbeitsbörsen kein Arbeiter aufzutreiben ist. Diese Arbeitslosen sind jetzt bei den Industrialisierungsarbeiten beschäftigt."

Dann wird in dem Artikel in der „MZ" noch eine Stelle aus dem offiziösen Organ der wirtschaftlichen Stellen in der Sowjetunion, der „Ekonomitscheskaja Shin" zitiert. Wir veröffentlichen auch dieses Zitat wörtlich:

„Die katastrophale Lage in bezug auf Arbeitskräfte für eine Reihe von industriellen Großbauten hat das Arbeitskommissariat endlich gezwungen, energische Maßnahmen zur **Sicherstellung der notwendigen Arbeitskräfte zu treffen** ... Diese Maßnahme ist vollauf berechtigt, **im laufenden Jahre fehlt es an Arbeitern buchstäblich auf allen Gebieten, sogar auf dem Gebiet der kaufmännischen Angestellten, auf dem noch bis zuletzt großer Ueberfluß an Arbeitskräften herrschte** ..."

Das ist der Inhalt des einen Artikels. Nun kommt aber erst

das Köstlichste an der ganzen Geschichte.

Auf **derselben** Seite, ja sogar **in der gleichen Spalte**, beginnt ein zweiter Artikel. Er scheint als Ergänzung des vorhergehenden gedacht zu sein und ist überschrieben: **„Arbeitslosenfürsorge in Sowjetrußland"**. Dieser Artikel beginnt — man sollte es nicht für möglich halten — folgendermaßen:

„Die Zahl der durch die Arbeitsämter registrierten Arbeitslosen in Sowjetrußland nimmt von Jahr zu Jahr zu. Sie betrug am 1. Oktober 1926 1 Million und am 1. Oktober 1928 schon 1 314 000."

Einige Zeilen weiter vorn muß dieselbe „Metallarbeiter-Zeitung" zugeben, und der Redakteur belegt das sogar mit Zitaten Kalinins, daß in der Sowjetunion **Arbeitermangel herrscht**. Die reformistischen Gewerkschaftsbonzen scheinen die Arbeiterklasse und ihre eigenen Mitglieder wirklich für furchtbar dumm einzuschätzen!

Wir zitieren weiter aus dem famosen Artikel „Arbeitslosenfürsorge in Sowjetrußland":

„Zweimal im Jahre, am 1. Januar und am 1. Mai, müssen sich die Arbeitslosen bei diesen Aemtern melden, wo sie auf ihre Fähigkeiten hin geprüft, wenn nötig umgeschult und die unqualifizierten Arbeiter ausgebildet werden. Die stets wachsende Arbeitslosigkeit geht mit ständig zunehmendem **Mangel an qualifizierten Arbeitern** Hand in Hand, da die **große Masse der Arbeitslosen vom flachen Lande kommt."**

Zwar wird hier wieder von der „wachsenden Arbeitslosigkeit" geschwindelt. Zugegeben wird aber der Mangel an qualifizierten Kräften. Zugegeben wird auch, daß es sich bei den noch vorhandenen Arbeitslosen um solche handelt, die **von den Dörfern zuwandern**. Die Sowjetregierung geht aber mit aller Kraft daran, — und das ist ja in diesem Zitat bestätigt —, sie zu **qualifizierten Arbeitern heranzuschulen.**

So gerissen und demagogisch die sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsbonzen im Schwindeln oft sind, so dumm zeigen sie sich auch manchmal. Die beiden Artikel in der „Metallarbeiter-Zeitung" werden sich gegen die Schwindler selbst auswirken.

RGO-Vertreter im Hauptbetriebsrat der Reichsbahn gegen Reformisten-Verrat

Der Vertreter der Revolutionären Gewerkschaftsopposition der Eisenbahner, Genosse Jendrosch, hat angesichts des erneuten Verrats der Gewerkschaftsbürokratie an den Vorsitzenden des Hauptbetriebsrats bei der Deutschen Reichsbahn ein Schreiben gerichtet, in dem er in der schärfsten Form gegen die Vereinbarungen, die die Gewerkschaften mit Dorpmüller trafen, Stellung nimmt, und die sofortige Einberufung einer Vollsitzung des Hauptbetriebsrats fordert. Die Initiative des Vertreters der RGO im Hauptbetriebsrat muß die tatkräftigste Unterstützung sämtlicher Eisenbahner im Reich finden. Ueberall sind Betriebsversammlungen abzuhalten, in denen die Kollegen zu dem Verrat der Gewerkschaftsbürokratie Stellung nehmen müssen und unter Führung der RGO Kampfmaßnahmen beschließen.

Fabrikarbeiter-Verbandsbürokraten legen Lohnabbau tariflich fest

Die Gewerkschaftsbürokratie des Fabrikarbeiterverbandes schwenkt vollkommen in die Lohnabbaufront der Brüning-Diktatur und der Giftgasparteien ein, indem sie für den Bezirk Halle-Merseburg einen Entwurf des neuen Bezirksmanteltarifs der Chemieindustrie ausgeklügelt hat, der ein Musterbeispiel des niederträchtigsten Arbeiterverrats ist. Er wird die Grundlage aller übrigen Tarife sein, die in der nächsten Zeit die sozialfaschistischen Führer des Fabrikarbeiterverbandes abzuschließen gedenken. Sie stellen sich mit diesem Entwurf vollkommen auf den Boden des Brüningschen Sanierungsprogramms der deutschen Wirtschaft und wagen es auch noch, den Mitgliedern den Entwurf vorzulegen, der praktisch einen Lohnraub bis zu 30 Prozent durch den Abbau von Zulagen aller Art bedeutet. Nach diesem Entwurf können die Akkordvereinbarungen jeden Tag geändert werden. Den Unternehmern ist damit eine Rationalisierungswaffe in die Hand gegeben zum täglichen Lohnraub.

Die Kapitalistenknechte des Fabrikarbeiterverbandes gehen noch weiter: sie geben freiwillig die wenigen Rechte aus dem Betriebsrätegesetz preis. Die bisherige Mitarbeit der Arbeiterräte bei Festsetzung der Akkord- und Stundenlohnsätze fällt fort. Den Gipfel des wirtschaftsdemokratischen Verrats stellt der § 9 des Bezirksmanteltarifs dar, der das Kernstück dieses Schandstückes bildet:

„In besonderen Ausnahmefällen (nachgewiesene Notlage eines Betriebes, Verhütung von Stillegung oder ähnliches) können zwischen den am Tarifvertrage beteiligten Organisationen Lohnsätze vereinbart werden, die unter den Tarifsätzen liegen. In solchen Fällen sind die Anträge auf Lohnerniedrigung an die zuständige Gauleitung zu stellen."

Mit einer Schamlosigkeit sondergleichen wird hier mit Hilfe der Gewerkschaftsbürokratie jede Lohnsicherung preisgegeben, ohne Kündigung können die Unternehmer mit der Verbandsbürokratie die Arbeitskraft der Proleten verschachern, und dieses Machwerk des niederträchtigsten Arbeiterverrats soll unkündbar bis zum 31. März 1933 laufen. Die Verbandsbürokratie hat die feste Absicht, mit diesem Räuberpact mit den Unternehmern, abzuschließen.

Dieses Schanddokument muß jedem Arbeiter die Augen öffnen und ihn veranlassen, mit der RGO zu marschieren und zu kämpfen. Hinweg mit diesem korrupten Bonzengesindel! Revolutionärer Klassenkampf gegen reaktionäre Wirtschaftsdemokratie! Massenaktion gegen Lohnraub, für Lohnerhöhung und Siebenstundentag!

Genosse Paul Gruner

berichtet über den 5. RGI-Kongreß

und die wahren Verhältnisse in der Sowjetunion am Freitag dem 10. Oktober im Keglerheim. Mitwirkung der Roten Raketen. Eintritt: Erwerbslose 30 Pf., Vollarbeiter 60 Pf. Karten bei den JAH- und RGO-Funktionären zu haben.

Für den Anschluß an die RGO

Verstärkt den Kampf im Industrieverband!

Kollegen des Bundes revolutionärer Industrieverbände für die Beschlüsse der Roten Gewerkschaftsinternationale! Für den Kampf unter Führung der KPD!

In der Geschichte der revolutionären Arbeiterbewegung einzig dastehend sind die Vorgänge, die sich am Sonntag in Berlin bei der Tagung des IWdfB und des Bundes revolutionärer Industrieverbände ereigneten. Was bisher nur auf Tagungen der sozialfaschistischen Gewerkschaftsbürokratie möglich war, das machte jetzt auch Kaiser vom IWdfB. Der schloß den Berichterstatter von der „Roten Fahne" von der Verbandstagung aus, er verweigerte den als Kommunisten bekannten Mitgliedern den Zutritt zum Verbandstage.

Ebenso wurde dem Vertreter der Rohrleger und Helfer der Zutritt zu einer Begrüßungsansprache verweigert. Die revolutionären Zimmerer Berlins ersuchten schriftlich um Teilnahme am Verbandstag und Zusendung einer Gastkarte. Auch das blieb bis heute unbeantwortet. Gibt es noch einen besseren Beweis für das arbeiterfeindliche Verhalten der Leitung des IWdfB? Welches Mitglied kann diesem Kurs der Zersplitterung, wie sie von Kaiser in Szene gesetzt wird, tatenlos zusehen?

Bei der Vorstandswahl in Greifswald erklärte Kaiser:

„Hoppach ist Parteiter der KPD, und wenn er als Vorsitzender gewählt wird, werde ich ihm kein einziges Schreiben zusenden."

Heute stehen in Greifswald 284 Mitglieder unter der Führung der RGO und nur 12 Kollegen bei Kaiser. Zwischen den Ausschlußmethoden der Sozialfaschisten und denen, die Kaiser in Greifswald anwandte, ist kein Unterschied. Welcher Arbeiter kann das Gerede vom Selbstbestimmungsrecht der Mitglieder oder der Verbandsdelegierten ernst nehmen, nachdem seit Jahren durch Kaiser nicht die Einheit, sondern der Kampf gegen die Partei und die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition geführt wurde?

Die Stimmung der breiten Mitgliedermassen ist eine andere. Die letzte Funktionärkonferenz des Bundes revolutionärer Industrieverbände, die am Mittwoch, dem 24. September, in Berlin tagte, war für die Rebellion der Mitglieder ein sichtbarer Ausdruck. Dort sprach der 1. Vorsitzende des Bekleidungs- und Textilindustriearbeiterverbandes, der Kollege Schuhmacher, offen aus, was Tausende von Mitgliedern seit langer Zeit erkannt haben. Wörtlich erklärte er:

„Der 5. RGI-Kongreß hat die bisherigen Differenzen zwischen der Partei und der RGO beseitigt. Es muß die Frage gestellt werden, mit der Partei zu verhandeln über die Einigung. Es muß weiter die Frage gestellt werden, ob die Mitglieder noch in der Hand des Bundesvorstandes sind. Unsere Kollegen sind mehr bei der Partei, das hat der 1. Mai bewiesen, wo die Kollegen nicht auf dem Küstriner Platz, sondern mit der KPD in den Lustgarten marschierten.

Dieser Ohrfeige dürfen wir keine zweite folgen lassen!"

Andere Funktionäre erklärten wörtlich: „Man hat die Faschisten auch immer als Luftgebilde bezeichnet und heute droht die Gefahr, uns zu erticken. Wenn ihr behauptet, die RGO sei ein „Luftgebilde", so seht acht, daß sie eines Tages nicht zu einer Gefahr für die Industrieverbände wird."

„Die RGO ist nicht zu unterschätzen — sie ist als die Vorstufe neuer revolutionärer Gewerkschaften zu betrachten."

Zwei revolutionäre Gewerkschaftsrichtungen dürfen nicht nebeneinander bestehen. Wenn ihr wirklich für die Einheit seid, dann müßt ihr auch die Partei anerkennen! Offen setzten sich die Diskussionsredner für die Diskussion der Beschlüsse des 5. RGI-Kongresses in den Verbandsbezirksversammlungen des IWdfB ein und forderten darüber hinaus die Einberufung einer öffentlichen Bauarbeiterkundgebung, um die Einheit zu schaffen!

Die Kommunistische Partei und die RGO hat den tausenden Mitgliedern des Bundes revolutionärer Industrieverbände die Bruderhand gereicht. Kaiser hat sie mit dem Ausschluß der kommunistischen Presse, mit der Zerreißung von Transparenten, die den Willen der Mitglieder bekundeten, mit Verweisung des Zutritts der Vertreter revolutionärer Gewerkschaftsorganisationen beantwortet.

Bauarbeiter, Klassengenossen! Auch die endgültige Demagogie Kaisers vermag nicht den revolutionären Zusammenschluß der Bauarbeiter zu verhindern, wenn ihr mutiger und entschlossener eure Kommunistische Partei und die RGO unterstützt. **Schließt euch auf den Bau- und Stempelstellen, in den Verbandsbezirken fester mit der RGO-Industriegruppe Bau zusammen. Setzt die Beschlüsse des 5. RGI-Kongresses überall in die Tat um. Nur auf ihrer Grundlage durch euren Massenwillen entsteht die Einheit.**

Wir beginnen mit einer öffentlichen Diskussion

Um die Einheit des Proletariats!

Von Max Winkler, Zwickau, Reichstagskandidat der SPD

Nachfolgend veröffentlichen wir ein Schreiben des sozialdemokratischen Reichstagskandidaten Max Winkler, Zwickau, an den Genossen Renner und die Antwort des Genossen Renner auf dieses Schreiben. Aus dem Antwortschreiben des Genossen Renner geht hervor, weshalb die Antwort nicht früher erschien. Die in beiden Briefen aufgeworfenen Fragen sind aber heute nicht weniger aktuell als vor der Wahl. Wir beginnen mit der Veröffentlichung beider Briefe eine Diskussion über die Einheitsfront und den Zusammenschluß der Arbeiter zum Kampf gegen die Diktatur des Finanzkapitals und den Faschistenterror. Wir fordern alle Arbeiter, alle Arbeiterinnen, alle Jungarbeiter, die proletarischen Hausfrauen, die Angestellten, Beamten, die Kleingewerbetreibenden und arbeitenden Bauern, die Arbeitenden aller Anschauungen und Parteien auf, sich an dieser Diskussion rege zu beteiligen.

Einheitsfront mit den SPD-Führern?

Wie Max Winkler sich die Lösung der Frage denkt

Zwickau, 10. 9. 1930.

Werter Genosse!

Nimm es bitte nicht übel, wenn ich Dich als sozialdemokratischer Arbeiter mit meinem Schreiben belästige. Ich bin ein eifriger Mitleser des „Echo" (KPD-Zeitung im Chemnitzer Bezirk — Die Red.) und interessiere mich für alles, was die sozialistische Arbeiterbewegung angeht

Ich bin ein eifriger Verfechter der Einheitsfront der Arbeiterschaft, allerdings in einem anderen Sinne wie Ihr.

Ich bin mit als Reichstagskandidat der SPD aufgestellt und habe in der Nr. 211 am 10. 9. des „Sächsischen Volksblattes" einen Artikel geschrieben, den ich Dir empfehle, einmal zu lesen. Ich bin kein Parlamentarier, sondern augenblicklich Erwerbslose, aber jedenfalls habe ich den Artikel in ehrlicher Ueberzeugung geschrieben. Ob nun meine Auffassung über die Einheit der Arbeiterschaft richtig ist, kann ich natürlich nicht mit Bestimmtheit behaupten, aber behaupten kann ich wohl, daß Eure Taktik auch nicht die richtige ist.

Ich habe nun Deinen Artikel „Verstärkt die Arbeit" im „Echo" Nr. 210 am 9. 9. gelesen, und da muß ich mit Genugtuung feststellen, daß Du Deinen Genossen empfiehlst, das Motto: „Wer hat uns verraten? Die Sozialdemokraten", nicht in der Gesamtheit anzuwenden. Das ist meiner Ansicht nach schon ein großer Schritt zur Herbeiführung der Einheitsfront der Arbeiterschaft, und es sollte auch endlich das Wort „Sozialfaschist" aus dem Kampf der KPD gegen die SPD ausscheiden; denn auch dadurch fühlen sich die sozialdemokratischen Arbeiter beleidigt.

Aber nun will ich Dir schildern, wie tief der Haß in manchem kommunistischen Arbeiter schon sitzt gegen uns „Sozialfaschisten". Hatte am 10. 9. die hiesige KPD zu einer Erwerbslosendemonstration aufgerufen. Ich ging mit mehreren Genossen von mir, die auch erwerbslos sind, zum Stellplatz und kam dort mit einem kommunistischen Arbeiter in ein Gespräch. Nachdem ich sagte, daß ich das „Volksblatt" schon seit 20 Jahren lese, meinte der Arbeiter von der KPD, der „Völkische Beobachter" sei ihm lieber als das „Volksblatt". Genosse Renner, das läßt tief blicken. Wenn ich bei Arbeitern, die noch eine bürgerliche Presse lesen, werbe für die Arbeiterpresse und derselbe ist gegen das „Volksblatt", dann sage ich, er soll wenigstens das „Echo" lesen, genau so verfahre ich bei denjenigen, die nicht wählen wollen. Wenn sie durchaus nicht SPD wählen wollen, dann fordere ich dieselben auf, wenigstens KPD zu wählen; denn das ist mir als Arbeiter immer noch lieber als ein Nichtwähler.

Die Demonstranten bewegten sich dann durch die Bosenstraße beim „Sächsischen Volksblatt" vorbei; dort schrien einige kommunistische Arbeiter: „Nieder mit dem sozialfaschistischen „Volksblatt"," auch am Gewerkschaftshaus schrien die Demonstranten zweimal: „Nieder mit den Sozialfaschisten". Und das nach einem Tag, wo in Bad Elster der Hoelz Max von den Hakenkreuzlern halbtot geschlagen worden ist.

Genosse Renner, ich bin besorgt, wohin die beiderseitige Hetze der Arbeiterparteien noch führt. Anstatt gemeinsam die faschistische Gefahr zu bekämpfen, verzetteln die Arbeiter ihre Kraft in gegenseitigen Reibereien, und der lachende Dritte sind die Faschisten. Wohin sich viele Arbeiter, angewidert durch den Bruderkampf, verirren, kann ich Dir an zwei Beispielen anführen. Treffe ich vor einigen Tagen einen ehemaligen Kommunisten, mit dem ich manche Debatte geführt habe und der mit der Brandlergruppe aus der KPD ausgetreten ist, und frage ihn, wie er sich zur politischen Lage stellt; er sagte mir, er ginge nicht mehr zur Wahl. Ein anderer Arbeiter sagte: „Wenn nur endlich einmal eine Diktatur von rechts käme, damit endlich der Bruderkampf ein Ende hat." Soweit lassen sich aufgeklärte Arbeiter hinreißen.

Meine Auffassung ist die, daß durch die Hetze auf die Führer der SPD zugleich eine Vertrauenskrise geschaffen wird gegen die kommunistischen Führer.

Ich habe die Wahrnehmung gemacht, daß, wenn wirklich sich mal einer von der sozialdemokratischen Führerschaft wegen der Hetze lossagt, er dann nicht etwa zur KPD geht und sich das „Echo" bestellt, sondern er bleibt indifferent und bestellt sich eine bürgerliche Presse

und das soll doch sicherlich nicht der von Euch gewollte Erfolg sein. Und dann noch eins: wenn Ihr nun wirklich auf Kosten der SPD einige Mandate gewinnen solltet, ist das dann wirklich ein Erfolg der Arbeiterschaft? Wir wollen doch den Kreis der sozialistischen Arbeiterschaft vergrößern, und das können wir nur, wenn eine Einheitsfront zwischen den beiden Arbeiterparteien geschaffen wird. Die zwei Arbeiterparteien streiten sich um das Huhn, das sie noch gar nicht haben, und eines Tages werden dadurch die Faschisten über uns die faschistische Diktatur aufrichten, und die Arbeiterschaft wird dann dadurch auf ihrem Weg zum Sozialismus auf Jahrzehnte zurückgeworfen. Es müßte doch deshalb

möglich sein, daß sich die Führer beider Arbeiterparteien einmal zusammensetzen und beraten, wie eine gemeinsame Aktion gegen den Faschismus geführt werden kann.

Ihr seid doch alles aufgeklärte Menschen und müßt doch auch die Gefahr erkennen. Begrabt nun endlich das Kriegsbeil, vergeßt nun endlich das Vergangene und schaut in die Zukunft. Ich glaube, uns Arbeitern ist damit mehr gedient. Ich bin vor 20 Jahren der Sozialdemokratischen Partei beigetreten, um mitzukämpfen für den Sozialismus;

wir rechnen uns zu den klassenbewußten Arbeitern, auf uns könnt ihr auch rechnen in jeder Situation, insbesondere auf den Schutz der Sowjetunion. Wir erkennen Sowjetrußland an als Arbeiterstaat.

Also vorwärts, Ihr Führer von der KPD und SPD, eine gemeinsame Kampffront geschaffen, und der faschistische Spuk wird bald ein Ende haben. Es lebe die Einheitsfront des Proletariats! Es lebe der Sozialismus!

Es würde mich freuen, wenn Du mir Deine Meinung über die Ansichten eines einfachen Proletariers in kurzen Worten mitteilen würdest.

Mit sozialistischem Gruß!

Max Winkler, Steinarbeiter,
Zwickau, Glauchauer Straße 28.

Mit den SPD-Arbeitern — ja! Mit den Helfershelfern Brünings — nein!

Antwort des Genossen Renner an Max Winkler

1. Oktober 1930.

Herrn Max Winkler, Zwickau/Sa., Glauchauer Straße 28.

Werter Genosse!

Die angespannte Arbeit der letzten Tage erlaubte mir nicht, Dir schon früher auf Deinen Brief vom 10. 9. zu antworten.

Diesen Brief selbst erhielt ich erst am 12. 9. nachmittags, so daß es unmöglich war, noch irgendwie darauf einzugehen. Leider erhielt ich auch das von Dir als Rückantwort geschickte Telegramm nicht, da Du dieses zuerst nach Chemnitz geschickt hast. Da ich keine Antwort bekam, habe ich eine kurze öffentliche Erklärung an unsere Presse gegeben. Auch hier trat leider der unglückliche Umstand ein, daß der „Kämpfer" und das „Echo" diese Antwort verspätet erhielten und sie deswegen in diesen beiden, sicherlich Dich auch interessierenden Zeitungen nicht erscheinen konnte.

Du schreibst mir, ich soll Dir nicht übelnehmen, wenn Du als sozialdemokratischer Arbeiter Dich an mich wendest.

Ich wüßte nicht, was ich für zweckdienlicher für den proletarischen Klassenkampf hielte als eine breite, ausgedehnte Diskussion über die Tagesnöte und die Gesamtbewegung des Proletariats zur Befreiung von den Ketten des Kapitalismus.

Du sagst, Du seist ein eifriger Verfechter der Einheitsfront. Du wirst inzwischen gesehen haben, daß ich in meinem weiteren Artikel „Organisiert die Millionenfront des Kommunismus" auch einen weiteren Versuch zur Erstellung einer Einheitsfront der Arbeiterschaft, d. h. aller Arbeitenden — ich verstehe darunter auch die Einheitsfront mit den arbeitenden Bauern, den Angestellten, den mittleren und kleineren Beamten, den Handwerkern —, herzustellen, gemacht habe

Auf Deinen Artikel will ich hier jetzt nicht eingehen, behalte mir aber vor, darauf zurückzukommen. Ich habe auch nicht das Recht, Dir die ehrliche Ueberzeugung abzustreiten, es müßten mir selbst dafür Beweise vorliegen, in denen ich objektiv und richtig nachweisen könnte, daß dies nicht der Fall sei.

Die Frage des Sozialfaschismus

Du sagst, Du könntest nicht behaupten, daß Eure Taktik die richtige sei, aber unsere hälst Du wahrscheinlich für absolut unrichtig. Es ist also notwendig, daß wir uns über diese Fragen sachlich auseinandersetzen. Du schreibst, Du stellst mit Genugtuung fest, daß ich unseren Genossen empfehle, das Motto „Wer hat uns verraten? Die Sozialdemokraten" nicht in der Gesamtheit anzuwenden. Ich empfehle das deswegen, weil ich glaube, daß dadurch eine Kluft zwischen kommunistischen und sozialdemokratischen Arbeitern überwunden werden muß, wenn es gelingen soll, eine wirkliche breite Front der gesamten Arbeiterklasse der Bourgeoisie als Kampfmaßnahme entgegenzustellen. Du wirst auch gelesen haben, daß ich mich früher schon gegen die allgemeine Anwendung des Wortes „Sozialfaschist" gewendet habe; das ändert aber nichts daran, daß

Handlungen Deiner Parteiführer absolut faschistisch sind, ja noch mehr, daß der Sozialfaschismus durch Deine Parteiführer zu einem System ausgebaut wurde, das sich außerordentlich schädlich, dezimierend und zermürbend an der Gesamtarbeiterschaft ausgewirkt hat.

Das Schlimmste dabei ist, daß durch die sozialfaschistischen Methoden, die eine ganze Ideologie in der Arbeiterschaft erzielt haben, die Klassenmoral des Proletariats — wenn auch nicht vollständig zerstört, jedoch sehr gestört wurde. Bei einem großen Teil der Arbeiter ist durch diese Ideologie, von der ja ein Teil die Wirtschaftsdemokratie und das Eindringen in den Staatsapparat ist, jedes Gefühl für eine klassenmäßige Einstellung vernichtet worden. Man empfindet teilweise den Verrat an Arbeiterinteressen nicht mehr wie früher.

Streikbrechertätigkeit wird mit besonderer Begründung selbst durch Mitglieder der freien Gewerkschaft und auch Eurer Partei durchgeführt.

Man muß aber dabei positiv besehen, wem solche Dinge nutzen, wenn z. B. beim Rohrlegerstreik in Berlin durch den Metallarbeiterverband Arbeiter angefordert und eingesetzt wurden, so hatte der Unternehmer den Gewinn von dieser Tätigkeit, der damit die Lohnforderungen der Metallarbeiter abdrücken konnte.

Wenn Arbeiter ihren Hunger demonstrierten, dann wurden sie von der von sozialdemokratischen Führern geleiteten Polizei niedergeschlagen, wie früher sozialdemokratische Arbeiter von der Polizei Zagows.

Was besteht für ein Unterschied, wenn z. B. 1903 die kaiserlichen Polizeipräsidenten die streikenden Arbeiter der Krupp-Werke zusammenschlagen ließen und das heute unter Zörgiebel, Bauknecht und anderen sozialdemokratischen Polizeipräsidenten vor demselben Betriebe genau so gemacht wird?

Du kannst doch nicht gut behaupten, daß die Tätigkeiten Deiner Führer den Arbeitern auch nur im geringsten genutzt haben. Die wenigen Errungenschaften der Novemberrevolution sind zum Teufel gegangen. Ich will nicht mehr an die alten Dinge anknüpfen, an jene Organisierung der Reichswehr durch Gustav Noske gegen die Arbeiter, trotzdem gerade diese Handlung jetzt ihre Auswirkungen durch die Faschisierung der Reichswehr erst recht erhält. Ich will auch nicht groß sprechen über das Severingsche Republikschutzgesetz. Aber werter Genosse! Diese Niederknüppelung der Arbeiter einerseits und anderseits die Zermürbung durch die Haltung der reformistischen Gewerkschaften, die den Arbeitern sagen, daß sie jetzt keine Kämpfe führen können, führt dazu, daß das Proletariat an seiner eigenen Kraft verzweifelt, daß Teile dieses Proletariats sogar zu den Faschisten übergehen.

Selbst der „Vorwärts" hat es diese Woche feststellen müssen, daß sozialdemokratische Anhänger auf dem Lande zum Faschismus abgeschwenkt sind.

Die nebenhergehende wüste Hetze gegen die Kommunistische Partei und gegen die Sowjetunion durch Eure Führer und Eure Zeitungen hemmen die Entwicklung der Arbeiter zur revolutionären Partei des Proletariats und damit ihre Einstellung auf den Klassenkampf, dem einzigen Ausweg, der sich den arbeitenden Massen zeigt, und helfen faktisch dem Faschismus.

Wir unterscheiden zwischen SPD-Führern und -Arbeitern

Werter Genosse! Du sagst, daß Du die Sowjetrepublik anerkennst, daß Du in Sowjetrußland einen Arbeiterstaat siehst, daß Du für den Schutz der Sowjetunion eintreten würdest, daß man auf Dich und Deine Gesinnungsgenossen rechnen könnte. Gut, wie kann es aber sein, daß Du einer Partei angehörst, in der gerade die sogenannten „linken Führer" die Hetze gegen die Sowjetunion betreiben, indem sie Aufbauschwierigkeiten als Zerfallerscheinungen darstellen, indem sie von der Kommunistischen Partei und den Gewerkschaften in der Sowjetunion geübte Kritik an die noch vorhandenen Mängel, Schwächen und Fehler, die von dieser geführt wurden, um diese Fehler usw. abzustellen, ausnutzen, nicht, um sachlich und ernst und politisch-kameradschaftlich diese Mängel abzustellen, sondern daraus eine Hetze eben gegen diesen von Dir in Deinem Brief anerkannten Arbeiterstaat machen?

Wie kannst Du in dieser Partei sein und glauben wollen, daß diese Partei mit diesen Führern, von den Rechten, von Wels und Genossen, gar nicht zu reden, noch eine Verbesserung der Lage der Arbeiterschaft erkämpfen kann?

Wäre es bei Deiner Erkenntnis nicht Pflicht, innerhalb dieser Partei alle diejenigen, die die Meinung teilen, die Du in Deinem Briefe zum Ausdruck bringst, zu sammeln und gegen Deine Führerschaft mit aller Entschiedenheit Rebellion zu erheben? Ich glaube, wenn man es ernst meint, müßte Dir das einleuchten.

Du sagtst, Ihr seid keine Sozialfaschisten. Wir sind der Meinung, daß die bei Euch organisierten Arbeiter keine Sozialfaschisten sind. Wir wissen, daß es nur einen verhältnismäßig kleinen Kreis gibt, der diese faschistische Einstellung auch wirklich und grundlegend hat. Aber nun wunderst Du Dich, daß, wie Du sagst, kommunistische Arbeiter Bemerkungen machen, die sicherlich nicht richtig zur Herbeiführung einer Einheitsfront sind. Aber Du mußt begreifen, daß der Arbeiter, der Klassengenosse, der vielleicht bei Euch war, der ständig hört, die „SPD sei eine Arbeiterpartei", der aber den Verrat, die Haltung der sozialdemokratischen Führer sieht, daß er einen instinktiven Haß gegen die SPD insgesamt entfacht, weil sie ihm als ein versteckter, heimtückischer Gegner gegenübertritt, während er mit den Gesellen des „Völkischen Beobachters" im offenen Kampf Auge im Auge gegenübersteht.

Ich bin überzeugt, daß bei einem großen Teil der jetzt noch der Sozialdemokratischen Partei angehörenden Arbeiter in nicht allzulanger Zeit eine noch viel entschiedenere und erregtere Kampfstimmung gegen die Sozialdemokratische Partei und Gewerkschaftsführer sein wird.

Wo bleibt euer Kampf gegen Brüning?

Du sagst, wenn Du zur Wahl wirbst, rätst Du den Arbeitern, wenn dieselben nicht SPD wählen wollen, wenigstens KPD zu wählen. Du meinst also, es sei auch zweckmäßig, die umgekehrte Forderung zu erheben, wenn kommunistische Werber auf Arbeiter stoßen, die nicht KPD wählen, ihnen zu empfehlen, sozialdemokratisch zu wählen? Ich glaube, Du befindest Dich hier in einem verhängnisvollen Irrtum, den zu überwinden eine Deiner ersten und ernstesten politischen Pflichten ist. Wenn Du Dir überlegst, wirst Du mit mir die Meinung teilen müssen, daß Deine Parteiführer gar nicht mehr daran denken, die proletarische Revolution zu betreiben. Deine Parteiführer haben sich absolut mit der kapitalistischen Gesellschaft abgefunden. Sie haben innerhalb derselben Positionen bezogen und haben durch die proletarische Revolution mehr zu verlieren als ihre Ketten.

Ihre ganze Einstellung ist Mitregieren im bürgerlichen Staat. Auch Deine linken Führer schrecken vor der proletarischen Revolution zurück. Auch sie tun nichts, um die Kampfkraft der Arbeiter zu stärken, auch sie verhindern jede breite Streikbewegung. Sie halten die Arbeiter durch Tarifverträge fest und mobilisieren nicht zur Erkämpfung des Siebenstundentages und Lohnausgleich. Sie tun jetzt nichts, um einen Massenkampf gegen die Notverordnung der Brüning-Regierung herbeizuführen

Glaubst Du, werter Genosse, daß es möglich sei, sich mit Euren Führern zusammenzusetzen und auch eine Ver-

Kündigung herbeizuführen? Du mußt einen Ausweg vorschlagen.

Du sagst nur, wir sollen den Kriegszustand beheben und eine gemeinsame Aktion gegen den Faschismus führen, das Vergangene vergessen. Gut, ich bin einverstanden, reden wir kein Wort davon. Aber die B a s i s v o n h e u t e ? Wie stellt sich heute Eure Führerschaft zur Reichsregierung? Gibt sie nicht schon wieder absolute Hilfsstellung für die Brüning-Regierung und die Durchführung der Notverordnung? Was soll die Resolution des Chemnitzer Bezirksvorstandes,

wenn gleichzeitig B r a u n z u B r ü n i n g geht und mit ihm die Basis für eine neue gemeinsame Aktion der SPD und aller übrigen bürgerlichen Parteien gegen die Arbeiterschaft herstellt, wenn Braun die Brücke in die faschistische Diktatur schafft und wenn die SPD, Deine Reichstagsfraktion, diesen Kurs mitmacht? Meinst Du, werter Genosse, daß durch ein solches Verhalten Deiner Führer die Möglichkeit einer gemeinsamen Aktion gegen den Faschismus gegeben wird?

Auch die „linken“ SPD-Führer sabotieren den Kampf gegen den Faschismus

Ich glaube, daß man die Basis etwas a n d e r s aufziehen muß. In der letzten Landtagssitzung vom 30. September haben Deine „linken“ Führer ein absolutes Beispiel von betrügerischen Maßnahmen gegen die Arbeiterschaft gezeigt. Während wir Anträge eingebracht hatten, die von der sächsischen Regierung A r b e i t s b e s c h a f f u n g, Erwerbslosenschutz, Jugendfürsorge und Jugendschutz verlangten, half Eure Landtagsfraktion den Regierungsparteien dadurch aus der Patsche, daß sie auch Anträge einbrachte, die sich mit denselben Fragen beschäftigten, aber diese ganzen Anträge so stellte, man solle bei der R e i c h s r e g i e r u n g durch die sächsische Regierung Forderungen erheben. Verstehst Du, was es heißt, sich für soziale Fragen an die Brüning-Regierung zu wenden, die jetzt erst die asoziale Notverordnung eingebracht hat und auch durchführt. Ich verweise Dich darauf, daß erst jetzt noch im ständigen Ausschuß des Reichstages die SPD-Führer dafür gestimmt haben, daß die Besteuerung der festverzinslichen Wertpapiere aufgehoben wurde und damit den Kapitalisten ein G e s c h e n k v o n 6 0 0 0 0 0 0 0 M a r k gemacht wurde.

Was wir zur Bildung der Einheit vorschlagen

Jetzt rückt die Gefahr herauf, daß eine Regierung in Sachsen mit den Faschisten zustande kommt. Euer B ö c h e l hat geschrieben, jetzt gelte es, alle außerparlamentarischen Kräfte gegen den Faschismus zu mobilisieren. Schon gut, wir fordern Bildung eines antifaschistischen Schutzbundes, Zusammenschluß aller antifaschistischen Organisationen in diesem Bunde, ganz g l e i c h g ü l t i g, w e l c h e r P a r t e i die angeschlossenen Arbeiter angehören. Wir meinen, es muß möglich sein, einen solchen breiten Schutzverband aus Arbeitern aller Richtungen zu schaffen. Hier gilt es, sich zu entscheiden, wollt Ihr einen solchen Schutzverband mitmachen oder nicht?

Jetzt gilt es, in den Betrieben Kampfkomitees gegen den Faschismus zu erstellen, die Einheitsfront des Proletariats durch solche Kampfkomitees aus Arbeitern aller Richtungen zu schaffen und den politischen Massenstreik zu organisieren.

Noch im Laufe dieser Woche gilt es, breite Massenkundgebungen durchzuführen und gleichzeitig auch in den Betrieben Beschlüsse gegen die faschistische Regierung in Sachsen herbeizuführen und dabei den Kurs auf den politischen Massenstreik abzustellen. Diese Kampfkomitees müssen gleichzeitig die Organe für die Vorbereitung breiter Kämpfe gegen die Unternehmerangriffe sein. Bisher muß man feststellen, daß die Gewerkschaftsführer und die Führer Eurer Partei noch nicht das geringste getan haben, um den S c h i e d s s p r u c h in der M e t a l l i n d u s t r i e, der sicherlich eine Verschlechterung der Lage der Arbeiter mit sich bringt, abzuwehren und die Arbeiter in den Kampf um Lohn und Brot zu führen. Diese passive Haltung Eurer Führer führt dazu, daß die Unternehmer überall Lohnabbau durchführen können; die Gewerkschaften tun nichts. Also ist es Aufgabe der Arbeiter, s e l b s t d e n K a m p f z u o r g a n i s i e r e n, neue Kampfführungen zu erstellen und den Gegenangriff zu beginnen. Das gilt jetzt speziell in der Metallindustrie. Natürlich kann in der jetzigen Zeit ein Kampf nur dann siegreich sein, wenn in seinem Verlauf oder auch schon vor Beginn desselben die Arbeiter z u s a m m e n s t e h e n. Das bedeutet, man muß die Einstellung des nur Organisierten über Bord schmeißen. Zur Einheitsfront gehören auch die u n o r g a n i s i e r t e n Arbeiter, und hier ist eine Kardinalfrage, die gesamte Arbeiterklasse zusammenzubringen, denn wenn sie gemeinsam kämpft, ist sie unbesiegbar.

Aber, werter Genosse! Wer verhindert diese Unbesiegbarkeit? W i r d o c h n i c h t, sondern das kampflose Verharren der Gewerkschaft und der mit radikalen Tönen getarnte Verrat Eurer „linken“ Führer.

Nicht durch die Hetze von uns auf die SPD-Führer entsteht die Vertrauenskrise, sondern durch das Verhalten der SPD-Führer in allen politischen Fragen des täglichen Kampfes und in der Strategie und Taktik zur Durchführung des Klassenkampfes.

Dann möchte ich auch noch fragen: w e r h e t z t ? Wir stellen T a t s a c h e n fest. Gewiß wird hier und da einmal geschimpft, aber prinzipiell wird der Kampf bei uns e r n s t und a u f k l ä r e n d geführt. Wie aber sah es bei Euch aus? Fast täglich erschienen ganze Spalten, ja oft ganze Seiten Eurer Zeitungen mit V e r l e u m d u n g e n gegen die kommunistischen Führer. Eine Vertrauenskrise gegen die kommunistischen Führer konnte man dadurch nicht schaffen. Das zeigt das Ergebnis der Reichstagswahl. Es ist schon ein Gewinn, wenn die KPD auf Kosten der SPD eine Anzahl Mandate gewonnen hat. Stellt man aber die Frage der Mandate als die Hauptfrage, dann zeigt das, werter Genosse, eben das Verharren in der Auffassung, daß man mit einer größeren Zahl M a n d a t e a u f l e g a l e m W e g e über den Reichstag die Macht für die arbeitende Klasse erobern könnte.

Aber das ist nicht die entscheidende Frage, das Wesentlichste ist, daß die Massen durch die Wahl von Kommunisten zum Ausdruck bringen, daß sie sich wieder auf die Basis des Marxismus, des Klassenkampfes begeben und ihre reformistischen Illusionen, die sie in den Sumpf führten, aufgeben. Gewiß,

wir müssen den Kreis der sozialistischen Arbeiterschaft vergrößern, und sicherlich können wir das nur, wenn eine Einheitsfront zwischen den Arbeitern geschaffen wird.

Aber woher kommt es, daß die Arbeiterschaft es nicht vermag, die schwankenden Schichten des Mittelstandes, die Kleinbürger, Angestellten, Beamten zu sich zu ziehen, sondern diese dem Faschismus verfallen? Aus der einfachen Tatsache, daß durch die Politik Eurer Führer, durch das Verhindern jeder Kämpfe, durch das Zermürben des Selbstvertrauens, kurz dadurch, daß auf Grund des Zusammenarbeitens Eurer Führer im kapitalistischen Staatsapparat mit den Kapitalisten und der Durchführung einer Gewerkschaftsstrategie, die politisch gar keine mehr ist und die Bewegungen der Arbeiter gegen das Kapital aufhält, die Arbeiterklasse nicht mehr als die gewaltig vorwärtsstürmende, alles mitreißende und die schwankenden Schichten anziehende Klasse auftritt. Das ist das große Verbrechen des Reformismus und Sozialfaschismus Eurer Führer, das ist die Basis, die als Hilfsstellung für den Faschismus ganz deutlich in Erscheinung tritt.

Einheitsfront zwischen den beiden Arbeiterparteien? Du mußt Dir darüber klar werden, die SPD ist eine kleinbürgerliche Partei im Lager der Arbeiterklasse, und solange der Führung der Edel und Weckel, der Wels und Severing noch Arbeiter folgen, wird es unmöglich sein, eine Einheitsfront zu erstellen, denn diese Führer gehen mit dem Kapitalismus, und darum gegen die Revolution.

Wir sagen: Einheitsfront des Proletariats, aber w o f ü r, w o z u, w a r u m, das muß man wissen, dann muß man sich auch über den Weg klar sein, den man zu gehen hat. Ich sage: erstens breitester Zusammenschluß zum A n t i f a s c h i s t i s c h e n K a m p f b u n d, gemeinsame M a s s e n k u n d g e b u n g e n gegen den Faschismus, gemeinsame E r w e r b s l o s e n s t a f f e l n, gemeinsame O r t s - und S t a d t t e i l a b t e i l u n g e n, zweitens gemeinsame K a m p f k o m i t e e s in allen Betrieben, zusammengesetzt aus organisierten und parteilosen Arbeitern, drittens Auslösung des S t r e i k s gegen Lohnabbau, **für Arbeitszeitverkürzung (7-Stunden-Tag) und Lohnausgleich; viertens:** intensive Vorbereitung zum **p o l i t i s c h e n M a s s e n s t r e i k** gegen die faschistische Diktatur.

Das sind meiner Ansicht nach jetzt die entscheidenden Aufgaben, denen man mit keinen Redensarten ausweichen kann, sondern die man nüchtern und ernst und keinen Schritt zurückweichend aufnehmen muß. Das ist unsere Einheitsfront! Glaubst Du, werter Genosse, daß Deine Führer das mitmachen werden? Ich glaube nicht, aber frage sie. I c h e r w a r t e D e i n e A n t w o r t.

Am Donnerstag oder Freitag wirst Du in allen sächsischen kommunistischen Zeitungen einen Artikel von mir finden (in der „Arbeiterstimme“ bereits am Freitag erschienen — die Red.), in dem ich das, was ich Dir jetzt sage, in breitester Oeffentlichkeit aufzeichnen werde. Ich werde alles tun, klare Bahn zu schaffen über unsere Ansichten.

Nun liegt es an Dir, ob Du es wirklich ehrlich meinst, in dieser Situation einen Durchbruch durch den Kordon, den die sozialdemokratischen Führer um die reformistischen Arbeiter gelegt haben, zu tun.

Wir sind bereit. Nicht nur das, wir müssen die Mauern niederreißen, die zwischen uns stehen, aber unter den Trümmern dieser Mauern werden Deine Führer begraben werden müssen. Ich bin überzeugt, die Mehrzahl von ihnen, vielleicht mit ganz geringen Ausnahmen, wird unter diesen Trümmern begraben werden.

Auch ich sage: E s l e b e d i e E i n h e i t s f r o n t d e s P r o l e t a r i a t s ! Es lebe der Sozialismus! Und ich würde mich freuen, wenn wir bald gemeinsam kämpfen könnten. Jetzt liegt es an Dir, Antwort zu geben.

Mit kommunistischem Gruß!

R u d o l f R e n n e r.

Stürmischer Vormarsch des KJVD

5848 neue Kämpfer gegen den Faschismus

B e r l i n, 4. Oktober. Als Antwort auf den Racheprozeß gegen die kommunistischen Jugendgenossen in Leipzig fanden im ganzen Reiche gewaltige Protestkundgebungen statt. Die Antwort der Jungarbeiter ist: **N u n e r s t r e c h t !** In Leipzig waren die Kundgebungen überfüllt. Die Aufmärsche der Berliner Jungarbeiter wurden von der Zörgiebel-Polizei auseinandergeknüppelt, was die jungen Proletarier nicht abhielt, ihren Willen zum Kampf in allen Teilen der Stadt zu demonstrieren. Ueber 3500 Jungarbeiter demonstrierten in Düsseldorf trotz des brutalsten Polizeiterrors. Auch in Bremen, Frankfurt a. Main, Waldenburg und im Ruhrgebiet fanden gewaltige Protestkundgebungen statt.

Die Antwort auf den Racheprozeß

Die werktätige Jugend beantwortet den Leipziger Prozeß mit einem Masseneintritt in den Kommunistischen Jugendverband, den Führer des Jungproletariats. Neuaufnahmen erfolgen täglich. Bis jetzt wurden gezählt:

Berlin	1279
Ruhrgebiet	1363
Niederrhein	749
Ostpreußen	2203
Mittelrhein	140
Pommern	43
Halle	155
Kassel	32
Hamburg	280
Baden	217
Oberschlesien	80
Sachsen	647
Frankfurt	260
Württemberg	400
Insgesamt:	5848

Noch stehen Hunderttausende Jungarbeiter abseits. Der Faschismus stößt immer übermütiger vor. **D i e A r b e i t s d i e n s t p f l i c h t f ü r d i e J u n g a r b e i t e r s t e h t i m P r o g r a m m B r ü n i n g s.** Kommt zu uns, Mädels und Jungens der Arbeiterklasse, und kämpft unter Führung des KJVD, im Bündnis mit der erwachsenen Arbeiterschaft gegen Faschismus und Unternehmerterror.

SPD für die Negersteuer

Braun zwingt die Gemeinden

Die Braun-Regierung in Preußen übertrumpft in der Steuerausplünderung der Werktätigen die Diktaturverordnungen der Brüning-Regierung. Sie hat dem Staatsrat ein D u r c h f ü h r u n g s g e s e t z der Diktaturverordnung vorgelegt, das sich auf die den Gemeinden überwiesene G e m e i n d e b i e r - und G e t r ä n k e s t e u e r und auf die B ü r g e r s t e u e r bezieht. Während aber die Diktaturverordnung der Brüning-Regierung es der Entscheidung der G e m e i n d e n überläßt, ob sie die Gemeindebiersteuer oder die Gemeindegetränkesteuer oder die Bürgersteuer erheben, geht die sozialdemokratisch-bürgerliche Koalitionsregierung in Preußen w e i t d a r ü b e r h i n a u s und will in ihrem Durchführungsgesetz die Gemeinden verpflichten,

unter allen Umständen neben der Gemeindebier- und -getränkesteuer auch die Bürgersteuer einzuführen.

Sollten das die Gemeinden ablehnen, so soll den Gemeinden durch die Aufsichtsbehörden die Erhebung dieser Steuern a u f g e z w u n g e n werden. In den Beratungen des Staatsrates wurde von den Vertretern der Staatsregierung offen zugegeben, daß sie b e w u ß t über die Diktaturverordnung der Reichsregierung hinausgehe und unter allen Umständen die Bürgersteuer den Gemeinden aufzwingen will. Daß dabei das sogenannte Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden und die Beschlüsse des Deutschen Städtetages in der frechsten Weise mißachtet werden, schert diese sozialdemokratisch-bürgerliche Regierung nicht. Zum Hohn ließ sie durch ihren Vertreter erklären, daß sie die wärmsten Freunde der Selbstverwaltung seien, aber vorübergehend müsse eine solche Einschränkung als notwendiges Uebel hingenommen werden.

Von den K o m m u n i s t e n wurde auf das schärfste diese Ausplünderungspolitik der sozialdemokratisch-bürgerlichen Koalitionsregierung in Preußen gebrandmarkt und der Schwindel aufgezeigt, den die SPD mit ihrem angeblichen Kampfe gegen die Brüning-Verordnung, insbesondere gegen die Negersteuer, treibe.

Die Kommunisten haben in ihrem Antrag gefordert, daß der Staatsrat sowohl die Diktaturverordnung der Reichsregierung als den preußischen Gesetzentwurf zu ihrer Durchführung ablehnt und die Gemeinden auffordert, die angeordneten Steuern nicht zu erheben und die Bevölkerung zum Steuerstreik aufzufordern.

Im übrigen wird aufgefordert, daß den Gemeinden durch den Finanzausgleich alle zur Erfüllung ihrer sozialen und kulturellen Aufgaben erforderlichen Mittel zur Verfügung gestellt werden.

Diese Anträge wurden von den Deutschnationalen bis zu den Sozialdemokraten im Staatsrat abgelehnt.

Daß die SPD gewillt ist, den Gemeinden unter allen Umständen die N e g e r s t e u e r aufzuzwingen, wurde durchaus bestätigt durch die Ausführungen des Oberbürgermeisters von Altona, den S o z i a l d e m o k r a t e n B r a u e r, der in der letzten Zeit als Kandidat für den Berliner Oberbürgermeisterposten genannt wird. Er trat als freiwilliger Regierungskommissar für die Durchführung des Zwangsgesetzes zur Einführung der Negersteuer auf und leistete sich dabei noch die Bemerkung, daß doch auch die Erhebung der Bier- und Getränkesteuer nicht zu verwerfen sei, weil die Erwerbslosen doch ohnehin kein Geld zum Verzehr hätten. Er empfahl sogar der Regierung,

auch das Durchführungsgesetz auf dem Wege einer Notverordnung zu erlassen, um eine Beratung des Gesetzes im Landtage zu umgehen.

Interessant war noch die Bemerkung des Regierungsvertreters, daß die preußische Regierung davon a b g e s e h e n habe, die Rechtsgültigkeit der Brüning-Verordnung vom Staatsgerichtshof prüfen zu lassen. Das ist bei der ganzen Einstellung der Preußenregierung, die Diktatursteuer unter allen Umständen den Gemeinden aufzuzwingen, durchaus verständlich. **Aber damit wird weiterhin unterstrichen, daß die Sozialdemokratie nur zum Schein gegen die Brüning-Verordnung ist,** ihre Durchführung aber unter allen Umständen unterstützt. Darin zeigt sich auch die Bereitwilligkeit der SPD, die Durchführung des veröffentlichten Raubprogramms der Brüning-Regierung zu unterstützen, um sich damit zugleich den Weg in die Koalitionsregierung freizumachen. **Der Betrug der werktätigen Massen durch die SPD soll nach diesen Reichstagswahlen noch größer werden, als es nach den Maiwahlen 1928 der Fall war.**

Fleisch- u. Wurstwaren
empfiehlt
Willy Pfützner, Am See 23
Gewähre meiner verehrten Kundschaft auf alle Waren 6 %, Edeka-Rabatt

Rundfunk

Dienstag den 7. Oktober:

16,30—17,30: Kammermusik. 17,55: Wirtschaftsnachrichten. Wettervoraussage und Zeitangabe. 18,05: Frauenfunk. 18,30: Französisch. 19: Sprechstunde für die reifere Jugend. 19,25: Tagesfragen der Wirtschaft. 19.40: Uraufführungen von Schallplatten. 20,40: Arnold Ulitz liest aus seinen Werken. 21,10: Die Frau als Komponistin. I. 22,30: Zeitangabe, Wettervoraussage, Pressebericht und Sportfunk. Anschließend bis 24: Unterhaltungskonzert.

Alle
Kluge Frauen
kaufen preiswert
Schutz-
mittel für die Gesundheit, wie Monatsbinden, Brusthalter, Knickhalter, Gummistrümpfe, Vorfallbinden, Urinale, Mutterspritzen, Klysos, Duschen, alle Frauen-Artikel
Freisleben
Postplatz
Filiale: Wallstr. 4
Fachm. Frauenbedienung
Man achte auf Firma

Nachdem ich vom Ministerium des Inneren die Konzession zur Errichtung einer neuen Apotheke erhalten habe, eröffnete ich dieselbe am 1. Oktober unter dem Namen
Weinberg-Apotheke
Dresden-Neustadt, Großenhainer Str. 170
Alfred Dressel, Apotheker, Telefon 54150

Amtliche Bekanntmachung

Wohnungs- und Betriebsstättenlisten 1930

Unter Hinweis auf die Bekanntmachung an der Anschlagstafel im Erdgeschoß des Rathauses werden die hiesigen Hausbesitzer und -vertreter aufgefordert, die richtig und vollständig ausgefüllten Wohnungs- und Betriebsstättenlisten an folgenden Tagen in der Zeit von 8—13 Uhr **im Polizeimeldeamt — Zimmer Nr. 2** — abzugeben, und zwar:

Abteilung A:		
am 16. Oktober 1930	von Nummer	1— 30
am 17. Oktober 1930	von Nummer	31— 60
am 18. Oktober 1930	von Nummer	61—100
am 20. Oktober 1930	von Nummer	101—150
am 21. Oktober 1930	von Nummer	151—185
am 22. Oktober 1930	von Nummer	186—202
Abteilung B:		
am 23. Oktober 1930	von Nummer	1— 35
am 24. Oktober 1930	von Nummer	36— 70
am 25. Oktober 1930	von Nummer	71—110
am 27. Oktober 1930	von Nummer	111—150

B r a n d - E r b i s d o r f, am 6. Oktober 1930.

Der Stadtrat.